

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Marientreppe 10 • 24939 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr Telefon (0461) 2 67 08 • Telefax (0461) 2 67 09 E-Mail: grenz-friedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (0461)5 05 40 97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Heide Simonis

Netzwerke für die Wissenschaftsgesellschaft -

Die Kleeblatt-Strategie Schleswig-Holsteins.....174

Ute Erdsiek-Rave

50 Jahre KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund.....188

Rene Rasmussen

„Wir haben von Mensch zu Mensch miteinander gesprochen“

Redakteur L. P. Christensens Plaudereien mit

Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Sievers 1936-1938.....193

Umschau ab Seite 209

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg Redaktionsanschrift: Marientreppe 10, 24939 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: cicero-mc@t-online.de
Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Netzwerke für die Wissensgesellschaft - Die Kleeblatt-Strategie Schleswig-Holsteins

von HEIDE SIMONIS

Impulsgeber der Ostseekooperation

Schleswig-Holstein genießt rund um die Ostsee einen guten Ruf - selbstverständlich nicht nur am *Mare Balticum*, aber dort ganz besonders. Das hängt damit zusammen, dass mein Amtsvorgänger Björn Engholm, Gerd Walter und andere 1988 damit begonnen haben, beharrlich für die Idee einer „neuen Hanse“ und einer engen Kooperation der Anrainer der Ostsee zu werben. Viele haben uns damals belächelt. Heute ist aus dieser Vision ein dichtes Netzwerk praktischer Zusammenarbeit geworden. Schleswig-Holstein gilt - völlig zu Recht - als geistiger Urheber, als Ideengeber und als einer der Motoren dieser Zusammenarbeit. Ostseekooperation ist heute eine Erfolgsstory und das *Mare Balticum* eine der Boomregionen Europas.

Schleswig-Holstein ist aber nicht nur Brücke in den Ostseeraum hinein und von dort aus gesehen nach Deutschland und Mitteleuropa. Ein Blick auf die Karte macht deutlich: Unser Land ist aufgrund seiner geographischen Position zwischen den Meeren und mit seinen vielfältigen Verflechtungen *die* Drehscheibe zwischen Ost und West und Nord und Süd, zwischen Helsinki und Le Havre einerseits und der Metropolregion Hamburg und dem neuen Kraftzentrum Oresund-Region andererseits. Kopenhagen und Malmö sind von Kiel kaum weiter entfernt als Hannover; Oslo und Amsterdam sind jeweils etwa 550 Kilometer entfernt und London ist von Lübeck aus mit der in diesem Frühsommer eröffneten Flugverbindung in gut eineinhalb Stunden zu erreichen. Einen Gutteil unseres Handels wickeln wir heute schon in diesem Radius ab: Dänemark hat einen Anteil von rund 10,5 Prozent an unserem Außenhandel, Großbritannien rund 9,5 Prozent und die Niederlande knapp 7,2 Prozent. 1997 lieferte Deutschland 10,4 Prozent seiner Exporte in die Ostseeländer; das entsprach dem Handelsvolumen mit den USA und Japan zusammen.

Als die Vision einer „neuen Hanse“ hier im Lande geboren wurde, waren die Anrainer der Ostsee auf vielfältige Weise voneinander getrennt: Am *Mare Balticum* trafen westliche Demokratien auf Staaten des Ostblocks, NATO-Staaten auf Angehörige des Warschauer Pakts und Satelliten der Sowjetunion, Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft auf Nicht-Mitglieder. Der „Eiserne Vorhang“ zog sich quer durch die Ostsee. Über sämtliche Trennlinien hinweg Netzwerke knüpfen zu

wollen erschien utopisch, macht aber gerade den Reiz dieser Politik aus. Kunst und Kultur schienen in dieser Zeit am ehesten geeignet, den „Eisernen Vorhang“ zu überwinden und letztendlich zu beseitigen.

Heute ist der „Eiserne Vorhang“ verschwunden, ebenso die meisten Trennlinien im Ostseeraum. Finnland und Schweden sind EU-Mitglieder; Polen, Litauen, Lettland und Estland orientieren sich stark nach Westen. Wer noch nicht in der EU und in der NATO ist, bemüht sich um Aufnahme oder zumindest gute Kontakte. Die Ostsee ist heute ein offenes Meer. Das ökonomische und soziale Gefälle zwischen West und Ost führt aber auch zu neuen Problemen. Jetzt kommt es auf zweierlei besonders an:

- die Identität der europäischen Großregion „Ostsee“ weiter zu stärken und ihr noch mehr Gehör und Gewicht bei Entscheidungen in Berlin, Brüssel und anderswo zu verschaffen;
- innerhalb dieser Region den Aufbruch in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts so zu organisieren, dass möglichst alle mitkommen und niemand zurück bleibt.

Und innerhalb der europäischen Großregion „Ostsee“ muß sich Schleswig-Holstein selbst so positionieren, dass es im Wettbewerb mit anderen ein attraktiver Standort bleibt. Strategische Partnerschaften gehören dazu. Und dabei darf man auch nicht nur Richtung Ostsee gucken.

Das Markenzeichen pflegen

Die Vision eines dichten kulturellen, sozialen und ökonomischen Netzwerks um das *Mare Balticum* ist längst Realität geworden. Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gibt es inzwischen eine vielfältige Zusammenarbeit. Ich erinnere nur an den Ostseegipfel von Visby, den Ostseerat aller zehn Außenminister der Anrainerstaaten sowie Islands und der Europäischen Kommission, an die *Union of the Baltic Cities*, in der sich mehr als sechzig Städte zusammengeschlossen haben, an die Ostseekonferenz der Parlamentarier oder an die Konferenz der über 160 Subregionen aus allen Anrainerstaaten. Wie dicht diese Netzwerke inzwischen geknüpft sind, zeigt ein Blick ins Internet: Eine Suchmaschine im Internet weist unter dem Stichwort Ostseekooperation heute schon rund 500 Einträge aus.

Schleswig-Holstein hat rund um die Ostsee Partnerschaften mit Gdansk (Polen), Vaasa (Finnland), Sydsam (Schweden) sowie besondere Beziehungen zu Estland, Lettland und Litauen¹ sowie zu Kaliningrad.² Über die Grenze hinweg arbeiten wir eng mit den dänischen Ämtern Sønderjylland, Fyn und Storström

zusammen. Die dänische und die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik gelten beide als vorbildlich für ein friedliches Zusammenleben.

Bis heute sind im Ostseeraum mehr als 70 Kooperationen von Organisationen außerhalb der politischen Sphäre entstanden: Zum Beispiel arbeiten in der *Baltic Sea Chambers of Commerce Association* über 50 Handelskammern aus dem gesamten Ostseeraum zusammen. Kulturelle Gemeinschaftsprojekte im Rahmen von *Ars Baltica*, Kooperationen der Gewerkschaften, die 1992 in Lübeck gegründete *Social Hansa*, die Zusammenarbeit von rund 40 Ostseehäfen in der *Baltic Ports Organization* und die 1990 gegründete *Conference of Baltic University Rectors* sind weitere Beispiele für funktionierende Netzwerke.

Von größter Bedeutung sind die mehr als 1.000 praktischen Kooperationsprojekte: Wenn etwa mit finanzieller Unterstützung aus Schleswig-Holstein, Schweden und Finnland ein Klärwerk auf Hiumaa (Estland) saniert wird oder wenn lettische Kommunalpolitiker in Schweden trainiert werden, wenn Studenten und Fachschüler aus Kaliningrad während eines sechsmonatigen landwirtschaftlichen Praktikums in Schleswig-Holstein Arbeitsorganisation und Betriebswirtschaft in mittelständischen Agrarbetrieben kennen lernen oder wenn Frauenorganisationen aus Norwegen und Schweden die Frauenbewegung in den baltischen Staaten fördern. Hier werden ganz handfeste Fortschritte erzielt, von denen alle Anrainer profitieren. Je besser die Abwässer geklärt sind, die im früheren Ostblock eingeleitet werden, desto besser kann sich das Ökosystem Ostsee erholen. Je mehr Projekte nationale Grenzen überschreiten, desto eher entsteht Vertrauen und eine gemeinsame Identität. Ein junger Künstler aus Riga war gerade Gast bei den Eckernförder Graphiktagen - keine große Staatsaktion, sondern ein kleines Stück praktischer Zusammenarbeit.

Ohne dass seine Potentiale auch nur annähernd ausgeschöpft wären, gilt der Ostseeraum schon heute als eine der Boomregionen in Europa. Hier leben und arbeiten mehr als 50 Millionen Menschen, die überwiegend gut ausgebildet sind. Hier gibt es weltweit bekannte Unternehmen wie Draeger, Motorola, Nokia oder Volvo. Hier gibt es eine Vielzahl von Universitäten, Hochschulen und Forschungsstätten, die Innovationen hervorbringen und dabei sind, sich untereinander stärker zu vernetzen - bis hin zu einem gemeinsamen „virtuellen Campus“. Der Ostseeraum birgt nicht nur riesige Potentiale, das ist auch ein riesiger Markt.

Mit der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union um Polen, Lettland, Litauen und Estland wird die Ostseeregion innerhalb der EU an Gewicht gewinnen. Die Zusammenarbeit der Ostseeanrainer wird sich weiter intensivieren. Anzustreben ist, dass die EU-Ostsee-Länder ihre gemeinsamen Interessen koordinieren und frühzeitig in die europäische Entscheidungsfindung einbringen. Auch die Zusammenarbeit bei konkreten Projekten wird einen Schub bekommen.

Beispielsweise gehört die *Baltic 21*, ein regionales Konzept zur Umsetzung der 1992 in Rio de Janeiro angenommenen Agenda 21 für den Ostseeraum, auch auf die Tagesordnung der EU-Politik.

Ostseekooperation ist heute ein etabliertes, ein selbstverständliches Politikfeld. Die Bundesrepublik Deutschland, die dies unter der neuen Regierung besser versteht als die alte, hat kürzlich für ein Jahr den Vorsitz im Ostseerat übernommen, in dem alle Anrainerstaaten zusammenarbeiten. Zur Unterstützung der Bundesregierung hat Schleswig-Holstein für die Zeit der Ratspräsidentschaft einen Ostsee-Experten aus der Landesverwaltung abgestellt. Die Zusammenarbeit im Ostseeraum, die zu einem Markenzeichen Schleswig-Holsteins geworden ist, gilt es zu pflegen und auszubauen. Die Zuständigkeit dafür habe ich ganz bewusst in die Staatskanzlei geholt.

Nordseekooperation - eine neue Perspektive?

Gegenüber der Ostsee schien die Nordsee in der Landespolitik weniger Aufmerksamkeit zu finden. Das stimmt zwar nicht, wie spezielle Programme für die Westküste und diverse Projekte wie die neue Fachhochschule Westküste, das neue Multimar-Wattforum und der erweiterte Nationalpark Wattenmeer ganz anschaulich zeigen. Dieser Eindruck konnte aber vielleicht entstehen, weil die Förderung der Westküste nicht mit einer ähnlichen Vision verbunden wurde wie die Idee des *Mare Balticum*. Und weil sie nicht mit dem Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerkes verbunden wurde. Die trilaterale Zusammenarbeit zum Schutze des weltweit einzigartigen Wattenmeeres und ähnliche Kooperationen erreichten in der Tat bisher nicht das Niveau und die Intensität der Kooperation im Ostseeraum. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Die Geographie ist einer dieser Gründe: Während das *Mare Balticum* praktisch ein Binnenmeer ist, das durch Fähren, Straßen, Schienen, Brücken und Flugzeuge relativ einfach überquert werden kann, ist die Nordsee weitaus offener, weniger geschlossen und verkehrlich weniger gut erschlossen. Island und die Shetlands - auch Nordsee-Anrainer - sind für uns doch weiter weg als Finnland oder Lettland.
- Dass das so ist, hat etwas mit Geschichte und Traditionen zu tun: Die Handelsströme im Ostseeraum sind historisch gewachsen und einfach enger geknüpft als der Handel von der Westküste nach Großbritannien. Dass es nach dem Öffnen des „Eisernen Vorhangs“ relativ schnell gelungen ist, neue Verbindungen zu schaffen, liegt auch daran, dass es überall alte Verbindungen gab.
- Die traditionellen Verbindungen über die Ostsee haben einen „skandinavischen

Kulturkreis“ entstehen lassen, dessen Menschen ähnliche Auffassungen vom Leben und vom Umgang miteinander haben. Pragmatismus, Gelassenheit und Weltoffenheit zeichnen den Norden aus. Dieser kulturelle Nährboden machte Netzwerke leichter möglich.

- Kulturelle Brücken über die Ostsee zu schlagen hatte zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ mehr Sinn und einen größeren Reiz, als eine ähnliche Vision für die Nordsee zu entwickeln. Zusammenarbeit war dort einfacher und alltäglicher. Spätestens seit Großbritannien und Dänemark 1973 der damaligen Europäischen Gemeinschaft beitraten, vollzog sie sich in den Institutionen der Europäischen Union.

Zusammenarbeit im Ostseeraum muss gelebt und ausgebaut werden, sie muss aber nicht mehr „erfunden“ werden. Kann man das für die Nordsee auch sagen? Rolf Fischer, der Vorsitzende des Europaausschusses des Landtages, hat kürzlich dafür plädiert, die bewährte Ostseekooperation des Landes um eine gezielte Nordseekooperation zu ergänzen.³ Seine Argumente sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen:

- Europa Sorge absehbar für eine Vielzahl von Harmonisierungen, die fundamentale Konsequenzen für unsere Politik auf allen Ebenen zeitigen werde. Europaweite Stellen- und Angebotsausschreibungen und die Liberalisierung des Strommarktes seien nur erste Beispiele. Wenn man diesen Prozess wenigstens mitgestalten will, braucht man Partner - nicht nur rund um die Ostsee.
- Im Wettbewerb der Regionen um Investitionen, Ansiedlungen und Arbeitsplätze komme es darauf an, größere Einheiten zu formen, die von den *global players* auch als entsprechende Märkte wahrgenommen würden.
- Die Nordseeregion umfasse - wie ein Hufeisen - die Länder Norwegen, Dänemark, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Niederlande, Belgien, Nordfrankreich, England, Schottland sowie die Färöer, Island und Grönland. Das sei eine Region mit etwa 100 Millionen Menschen, einer demnächst gleichen Währung und relativ stabilen Wirtschaften.
- Englische Unternehmen investierten 1998 über 600 Millionen DM und die Niederlande 211 Millionen DM in Schleswig-Holstein. Mit rund elf Prozent des Außenhandelsvolumens sei Dänemark einer der wichtigsten Partner, gefolgt von Großbritannien mit neun Prozent und den Niederlanden mit acht Prozent. Es bestehe eine Reihe von Partnerschaften im Hochschul-, Schul- und Wirtschaftsbereich.
- Gegenüber der „Südschiene“ (am Mittelmeer) und der „Zentralschiene“ (von Paris bis Moskau) habe der Norden nur eine Chance, wenn er seine Kräfte bündele. Eine solche „Nordschiene“ müsse dabei Ostsee und Nordsee vereinen.

Im Zeitalter von Handy, Internet und Linienflügen können die geographischen Besonderheiten rund um die Nordsee im Prinzip kein Argument gegen intensivere Kooperation mehr sein. Auch historisch und kulturell gibt es durchaus Gemeinsamkeiten, wie die internationale Ausstellung „Könige der Nordsee“, die derzeit (noch bis 17. September 2000) im Husumer Nissenhaus Station macht, anschaulich vor Augen führt: Zwischen 250 und 850 n. Chr. beherrschten Friesen Rhein, IJssel, Ems und Weser - also bis auf die Elbe alle vom Kontinent in die Nordsee mündenden Flüsse - und sie machten sich gegenüber anderen Herrschern erstmals auch politisch bemerkbar. Weit vor der Hanse entstanden über und um das *Mare Frisicum*⁴ bereits viele Handelswege und Verbindungen. Niederlassungen wie Quentovic in Nordfrankreich, Hamvic an der englischen Südküste, Ribe in Westjütland oder Dorestad am Zusammenfluß von Rhein und Lek erreichten schon im 8. und 9. Jahrhundert ihre Blütezeit. Dorestad war als Handelsplatz schon bedeutend, bevor Haithabu überhaupt entstand. Man könnte versucht sein zu sagen, schreibt der Archäologe Dirk Meier, das *Mare Balticum* sei nur eine späte Kopie des *Mare Frisicum*⁵ gewesen.

Trotz der Einbeziehung des friesischen Gebietes in das fränkische Reich zwischen 688 und 780 und der Durchsetzung des Christentums gelang es den Franken wohl nie, die Autonomie der Friesen völlig zu beenden. Der unter dem Schutz der Kirche und der fränkischen Könige stehende Handel brachte vor über tausend Jahren einen beachtlichen Aufschwung für die Friesen an der Nordseeküste. Schon in der großen Zeit des fränkisch-friesischen Handels bezahlte man - wenn man konnte - überall mit Münzen, geschlagen von Münzmeistern in Dorestad. Mit dem Euro als gemeinsamer Währung wächst, so könnte man sagen, mehr als tausend Jahre nach der frühen Blüte des *Mare Frisicum* Europa entlang der Nordseeküste erneut zusammen.

Nicht Christopher Kolumbus hat Amerika entdeckt, sondern wagemutige, Handel treibende Nordmänner schon vor rund tausend Jahren. Wenn man den Berichten trauen darf, die gegenwärtig erscheinen, dann waren unsere Vorfahren nicht nur friedliche Händler, sondern sie pflegten ziemlich rauhe Sitten und verbreiteten, wenn sie plötzlich irgendwo auftauchten, nicht selten Angst und Schrecken.⁶ Wenn Schleswig-Holsteiner heute irgendwo erscheinen, ist das natürlich ganz anders, und auch die Friesen sind längst nicht so stur, wie ihnen das zuweilen nachgesagt wird. Im übrigen löste auch das Stichwort „Hanse“ im Ostseeraum nicht nur freudige Erinnerungen aus. Aber im Ernst: Ein bisschen erstaunlich ist es schon, wenn gegenwärtig die gute, alte Hanse als zukunftsweisendes Kooperationsmodell wiederentdeckt wird⁷ und eine Renaissance des *Mare Frisicum* beschworen wird. Doch das sollte uns nicht daran hindern, die Chancen, die sich daraus ergeben, beim Schopf zu ergreifen.

Die Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Wie kann die Region um das *Mare Frisicum* eine gemeinsame Identität entwickeln, um überhaupt als eine Region wahrgenommen zu werden? Was ist erforderlich, damit diese Region Gehör und Gewicht in einem Europa der Regionen bekommt? Welche Projekte tragen besonders dazu bei, ein tragfähiges Netzwerk über das *Mare Frisicum* zu spannen? Alle Überlegungen müssen dabei berücksichtigen, dass wir im Zeitalter der Globalisierung, der Internetökonomie und der Wissensgesellschaft leben. Insofern könnte man die Frage auch so formulieren: Was muss getan werden, damit die Region um das *Mare Frisicum* ein eigenes Profil in der Wissensgesellschaft bekommt? Bis dahin ist sicher noch einiges zu tun.

Gemeinsam für einen starken Norden in Deutschland

Die Diskussion um Zusammenarbeit im Ostseeraum und in der Nordseeregion erweckt manchmal den Eindruck, in Schleswig-Holstein würden wir - geographisch gesehen - nur nach rechts oder links bzw. nach Osten oder Westen blicken. Das ist natürlich nicht der Fall. Wir wissen durchaus, dass es auch südlich und nördlich von uns Menschen gibt, die Interesse an Partnern haben, von denen wir etwas lernen und mit denen zusammen wir etwas bewegen können. Und wir haben aus dieser Erkenntnis längst Schlüsse für die Landespolitik gezogen. Schleswig-Holstein ist ein feines, aber relativ kleines Land. Das gilt jedenfalls im Vergleich zu Bayern oder selbst zu Brandenburg. Das Sozialprodukt, das in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet wird, ist höher als das des EU-Mitglieds Portugal. Das kann nicht unser Maßstab sein. Die größeren Länder haben größere Ressourcen und Potentiale - häufig aber auch größere Probleme als wir. Zu verstecken brauchen wir uns auf keinen Fall. Die Ziele, die man sich politisch steckt, und die Maßstäbe, die an die Landespolitik angelegt werden, müssen jedoch realistisch sein.

Wer relativ klein ist, braucht besonders gute Vorschläge, wenn er etwas durchsetzen will, und er braucht Verbündete. Gute Ideen haben wir genug. Das mag daran liegen, dass Schleswig-Holstein - wiederum rein geographisch gesehen - gewissermaßen der „Kopf“ der Bundesrepublik Deutschland ist. Aber wir brauchen Verbündete: Von 69 Stimmen im Bundesrat hat Schleswig-Holstein zum Beispiel nur vier. Allein kann man da nicht viel bewegen.

Wir bauen deshalb konsequent die Zusammenarbeit zwischen den fünf Küstenländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus. Dass diese Kooperation alte Länder mit einem neuen verbindet, macht - abgesehen von gemeinsamen Interessen an der Küste und als

Nachbarn - ihren besonderen Charme aus. Hier wird die unsichtbare Trennlinie, die die alte DDR-Grenze teilweise immer noch darstellt, ganz bewusst und ganz praktisch überwunden. Dass alle Regierungen SPD-geführte Regierungen sind, erleichtert das Gespräch. Dass die „Chemie“ zwischen den handelnden Personen stimmt, hat der gemeinsame Auftritt der fünf Regierungschefs in Lübeck im Herbst letzten Jahres gezeigt. Auch das macht vieles leichter. Unser gemeinsames Motto lautet: „Wir machen den Norden stark!“

Eigentlich müsste man sagen: Wir machen ihn noch stärker. Denn der Norden ist ein starkes Stück Deutschland. Zusammen sprechen die norddeutschen Länder für rund 15 Millionen Menschen, also knapp 20 Prozent der Bevölkerung. Sie machen ein Viertel der Fläche des Bundesgebietes aus und haben zusammen 19 Stimmen im Bundesrat. Diese Kräfte zu bündeln und Vorgehensweisen zu koordinieren, ohne unterschiedliche Interessen der einzelnen Länder zu verkennen, ist erklärtes Ziel der Landespolitik. Norddeutsche Zusammenarbeit ist die natürliche Ergänzung zur Ostseekooperation und zur Nordseekooperation.

In der Praxis findet die Bündelung und Abstimmung der Interessen im Norden auf zahlreichen Ebenen statt. Ein Instrument ist schon seit 1969 die „Konferenz Norddeutschland“, in der die fünf Regierungschefs Interessen abklären und gemeinsame Vorhaben beschließen. Die Zusammenarbeit im Nordsee- und Ostseeraum ist dort ein ständiges Thema: So haben die fünf Länder eine gemeinsame Stellungnahme zur Initiative „Nördliche Dimension der EU“ formuliert, die von Finnland ausgegangen ist. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Finnland und Russland hat diese gemeinsame Positionierung hohe Aufmerksamkeit gefunden. Ein Überblick über das, worin die norddeutschen Länder bereits jetzt kooperieren, enthält nicht weniger als 183 Punkte.

Die Landesregierung möchte die koordinierende Funktion der „Konferenz Norddeutschland“ ausbauen und damit deren Rolle aufwerten. Sie wird dazu im nächsten Jahr Vorschläge für weitere Kooperationen und eine noch bessere Koordination vorlegen. Hierzu könnten unter anderem gehören: gemeinsame Initiativen im Bundesrat, flächendeckende Modellprojekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („Bündnis für Arbeit“), länderübergreifende Infrastrukturprojekte (z.B. Fehmarnbelt-Querung, Fortsetzung der A 20 westlich von Lübeck und die Elbquerung). Dass Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihre neue Landesvertretung in Berlin gemeinsam bauen, zeigt handfest, wie eng wir im Norden zusammenarbeiten. Das gemeinsame Hanse-Office mit Hamburg in Brüssel hat schon Tradition.

Besonders eng ist die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg: Die institutionalisierte gemeinsame Landesplanung ist fast 45 Jahre alt. Leitmotiv ist dabei: Die Kernstadt Hamburg kann sich nicht ohne ihr Umland

entwickeln und das Umland kann nicht ohne die Metropole vorankommen. Seit 1991 haben die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen ihre Zusammenarbeit intensiviert und ein Entwicklungskonzept für die Metropolregion erarbeitet, das der Orientierung dient und inzwischen Schritt für Schritt umgesetzt wird⁹. Seit Mitte 1999 ist auch Mecklenburg-Vorpommern mit den Landkreisen Ludwigslust und Nordwestmecklenburg in die Kooperation einbezogen. Im Juli dieses Jahres wurde das, was dort geleistet worden ist⁹, auf der Weltkonferenz URBAN 21 in Berlin als beispielhaft mit dem ersten Preis im Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ ausgezeichnet. Das ist der Lohn bewusster Strategie und harter Arbeit.

Wie gut die Zusammenarbeit funktioniert, zeigt die erfolgreiche Bewerbung von Hamburg als Standort für den Bau des Airbus A3XX. Sie hätte von vornherein keine Chance gehabt, wenn wir uns nicht bereit erklärt hätten, die notwendigen Ausgleichsflächen für den Eingriff in die Natur zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung von *Airbus Industries* für Hamburg sichert und schafft Arbeitsplätze nicht nur in der Hansestadt, sondern in ganz Norddeutschland. Davon profitiert auch Schleswig-Holstein.

Seit 1997 stimmen wir unsere Positionen in der Ostseepolitik stärker als früher mit Mecklenburg-Vorpommern und mit Hamburg ab. Auf der Grundlage des Vertrauens, das sich durch die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten entwickelt hat, ist das heute leichter möglich. Ziel ist ein möglichst einheitliches Auftreten der Ostseeländer gegenüber der Bundesregierung, aber auch in den Beratungsgremien der Ostseekooperation. Gemeinsam unterstützen wir die Bundesregierung bei der Wahrnehmung des Vorsitzes im Ostseerat, zusammen veranstalteten wir mit dem deutschen Außenministerium Ende August in Schwerin ein Forum zur „Nördlichen Dimension in der EU“. Das zehnte Ministertreffen des Ostseerates wird im Juni 2001 in Hamburg stattfinden. In zeitlicher Nähe dazu werden sich Nicht-Regierungsorganisationen der Ostseeanrainer in Schleswig-Holstein treffen.

Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen sind zeitgleich zu Jahresbeginn 1998 der North-Sea Commission beigetreten, die mit dazu dienen könnte, allmählich eine gewisse Identität dieser Region zu entwickeln. In den Arbeitsgruppen, in denen Vorschläge für Kooperationsprojekte rund um das *Mare Frisicum* entwickelt werden, stimmen sie sich untereinander ab. Hier schließt sich gewissermaßen der Kreis: Norddeutsche Zusammenarbeit dient inzwischen auch dazu, Ostseekooperation und Nordseekooperation noch besser betreiben zu können. Gemeinsam für einen starken Norden.

Die „Nordschiene“ der Zusammenarbeit

Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen liegen jeweils an beiden Meeren und fungieren gleichsam als Scharniere zwischen Ostseekooperation und Nordseekooperation. Unsere gute Zusammenarbeit mit Dänemark - nicht nur in der Grenzregion - ist bekannt, gelegentliche Irritationen nicht ausgeschlossen. Unser Büro in Oslo bauen wir bewusst aus¹⁰. Dies ist gewissermaßen die „Nordschiene“ unserer strategischen Kooperationen. Einen Schwerpunkt wollen wir dort in den nächsten Jahren auf die Werbung für Schleswig-Holstein als einer guten Adresse für Medizintechnik, Gesundheit und *Wellness* legen. Es wäre doch schön, wenn Norweger, die eine bestimmte Operation machen lassen müssen, nicht mehr alle nach England fliegen, sondern auch zu uns kommen, weil sie wissen, dass sie hier gut behandelt werden¹¹.

Ein Projekt, das in Europa einzigartig ist, haben wir im Januar 1999 zusammen mit Partnern in Dänemark und Schweden (Westseeland, Storströms Amt und Öresund-Komitee) sowie der Hansestadt Hamburg gestartet: Mit STRING (South Western Baltic Sea Trans Regional Area - Inventing New Geography) erarbeiten fünf Partner aus drei Ländern ein gemeinsames Entwicklungskonzept für eine grenzüberschreitende Großregion, in der knapp acht Millionen Menschen leben. Die STRING-Region ist eine Drehscheibe zwischen Ostsee und Atlantik, Skandinavien und dem südlichen Europa. Sie soll zu einem integrierten, attraktiven Standort vernetzt werden. Das Bruttoinlandsprodukt in der STRING-Region beträgt jetzt bereits pro Kopf knapp 54.000 DM im Jahr und liegt damit etwa 14 Prozent über dem Inlandsprodukt Deutschlands.

Dänische, schwedische und deutsche Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltung und Verbänden haben inzwischen die Stärken und Schwächen der Region analysiert und daraus Perspektiven zur Positionierung im weltweiten Wettbewerb der Standorte abgeleitet¹². Hinzu kamen Vorschläge zur umweltgerechten Mobilität und zu den Stadt-Land-Beziehungen. Ein Strategie- und Aktionsplan mit konkreten Umsetzungsprojekten soll sich bis Mitte 2001 anschließen. Dabei soll die Wettbewerbsfähigkeit der STRING-Region durch konkrete Kooperationsprojekte insbesondere in folgenden strategischen Handlungsfeldern gestärkt werden:

- Wirtschaftsentwicklung in der Neuen Ökonomie,
- Lerngesellschaft,
- Mobilität von Menschen,
- Infrastruktur,
- Umwelt, Natur und Landschaft,
- Kultur,
- Wissensaustausch.

Netzwerke für die Wissensgesellschaft knüpfen

Die Beispiele machen deutlich, dass die Landespolitik nicht nur einseitig auf den Ostseeraum ausgerichtet ist, sondern sehr bewusst strategische Kooperationen auch nach Süden, nach Norden und nach Westen eingegangen ist und diese gezielt ausbaut. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Dänemark, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen und Schweden hat beispielsweise Anfang dieses Jahres mit *NorVision* Anregungen für den Ausbau der Zusammenarbeit im Nordseeraum vorgelegt¹³. Gemeinsame Analysen und strategische Ausrichtungen sollen der Raumplanung Orientierungen für die Entwicklung der Gesamtregion geben. Dabei geht es unter anderem um die abgestimmte Entwicklung von Küstenzonen, um eine intensivere Zusammenarbeit der Nordseehäfen und um die Verbesserung der regionalen Flugverbindungen.

Zu einem konkreten Projekt wird Schleswig-Holstein noch in den nächsten Monaten die Initiative ergreifen. Gemeinsam mit der Region Oslo, dem dänischen Jylland und Hamburg soll nach dem Vorbild von STRING für diesen Bereich ebenfalls ein transnationales Entwicklungskonzept erarbeitet werden. Daraus werden sich weitere praktische Projekte entwickeln, die insgesamt das Scharnier zwischen Nord- und Ostsee weiter kräftigen.

All das macht deutlich: Kooperation übersetzen wir in Schleswig-Holstein nicht nur mit Ostsee, und nur die Nordsee fester in den Blick zu nehmen, würde für eine gute Zukunft nicht ausreichen. Schleswig-Holstein verfolgt, wenn man so will, längst eine Art Kleeblatt-Strategie, d. h. wir bauen unsere Partnerschaften gezielt nach Osten und nach Westen, nach Süden und nach Norden aus.

Die Blätter dieses Kleeblatts sind unterschiedlich stark ausgeprägt. Teilweise hat sich das einfach so entwickelt, teilweise ist das strukturell bedingt: Während die Räume um die Ostsee und die Nordsee europäische Großregionen darstellen, haben die Partnerschaften, die wir nach Süden und nach Norden pflegen und entwickeln, keine vergleichbare Dimension. Sie sind deshalb aber nicht weniger wichtig. Wie schon unsere Handelsbilanzen verdeutlichen, macht man mit seinen Nachbarn die besten Geschäfte. Anders gesagt: Je weiter der Partner entfernt ist, desto aufwendiger und schwieriger wird es, Kooperation intensiv zu leben. Das ist auch in Zeiten des Internet so, weil es letztlich Menschen sind, die gemeinsam etwas bewegen sollen. Und das geht besser, wenn man sich kennt und Vertrauen zueinander hat.

An einem kleinen Beispiel lässt sich zeigen, was ich meine: Der geographische Mittelpunkt der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegt nicht in Lübeck und nicht in Ludwigslust, sondern ungefähr bei Lüneburg. Hochschulen, die innerhalb eines Radius von 100 km liegen, können sicherlich leichter kooperieren als die Universität Greifs-

wald und die Fachhochschule Emden, die rund 400 km auseinander liegen. Eine Stunde zu fahren kostet weniger Überwindung, als für eine Projektsitzung vielleicht sogar auswärts übernachten zu müssen. Das ist ein Grund, warum wir mit der Metropolregion Hamburg angefangen haben und von dort aus weiter ausgreifen. Die Universitäten Bremen, Oldenburg und Osnabrück finden sicherlich Gemeinsamkeiten, wenn sie das wollen, während sich Göttingen kaum nach Kiel oder Flensburg orientieren dürfte, sondern eher nach Kassel oder Frankfurt. Innerhalb Norddeutschlands und innerhalb der europäischen Großregionen „Ostsee“ oder „Nordsee“ gibt es kleinere Regionen, die von Nachbarkreisen, Hochschulen und anderen Netzwerken gebildet werden. Diese größeren und kleineren Netzwerke überlagern sich - wie man an den Kooperationen Schleswig-Holsteins sehen kann - auf vielfältige Weise und bilden den Wurzelgrund für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Dass wir auch Kontakte in die USA, nach China, Japan und nach Frankreich pflegen, steht dazu nicht in Widerspruch.

Vier Handlungsfelder für die Zukunft

Kooperation ist kein Selbstzweck. Wir wollen etwas damit erreichen, unsere Partner wollen das auch. Nur wenn es gemeinsame Interessen gibt und zugleich Differenzen klar benannt werden, funktionieren Partnerschaften auf Dauer. Für unsere strategischen Kooperationen in den vier Himmelsrichtungen sehe ich in den kommenden Jahren vier zentrale Handlungsfelder, auf denen mir eine Verständigung möglich erscheint:

1. *Voneinander lernen durch direkte Kontakte:* Hierzu zählt der Austausch vor allem von jungen Menschen, von Schülern, Studenten und jungen Arbeitnehmern. Diesem Ziel können beispielsweise Schulpartnerschaften oder gemeinsame Internet-Projekte von Schulen in verschiedenen Ländern dienen, aber auch die (teilweise) Ausbildung oder die (zeitweilige) Berufstätigkeit über Grenzen hinweg. Damit Sprachbarrieren verschwinden, müssen wir die Fremdsprachen-Kompetenz erhöhen. Aber wir müssen auch Barrieren beseitigen beispielsweise im Sozialversicherungsrecht oder bei der Anerkennung beruflicher Abschlüsse. Hier gibt es noch einiges zu tun, selbst im deutsch-dänischen Grenzraum.
2. *Ausbau der Infrastruktur:* Schnelle und kostengünstige Verkehrsverbindungen bleiben auch in Zukunft ein wichtiges Element für die Entwicklung einer Region. Für das Kleeblatt heißt das: Die Flugverbindungen müssen gestärkt werden, nicht nur zwischen den Metropolen, Kooperationen der Häfen und schnelle Schiffsverbindungen sind notwendig. Bei den Landverbindungen ist

die feste Fehmarnbelt-Querung ein Schlüssel zu einer optimalen Einbindung Schleswig-Holsteins in die ökonomische Dynamik des Ostseeraums. Die A 20 mit fester Elbquerung ist das zweite Schlüsselprojekt, um die Verkehrsinfrastruktur im gesamten Norden zu verbessern. Infrastruktur in der Wissensgesellschaft ist aber weit mehr als Verkehrswege: nämlich insbesondere Hochschulen und Forschungsstätten, aber auch Kunst, Kultur und Kreativität.

3. *Wirtschaftliche Kooperationen verstärken:* Im Zeitalter globaler Konkurrenz gilt es, gemeinsame Stärken durch Kooperationen zu profilieren und zu nutzen. Zusammenarbeit in der Medizintechnik bei Forschung, Entwicklung und Vermarktung von Produkten beispielsweise nutzt allen beteiligten Unternehmen, ob sie in Schleswig-Holstein, in der Öresund-Region oder in den Niederlanden ansässig sind. Hier ist in erster Linie die Wirtschaft selbst gefragt, aber Politik, Verwaltung und Einrichtungen wie die Technologiestiftung oder die Technologie-Transfer-Zentrale können unterstützen, Türen öffnen und Barrieren beseitigen.
4. *Den Aufbruch in die Wissensgesellschaft forcieren:* Dazu zählt der Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Datennetzen sowie die enge Zusammenarbeit von Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Dabei geht es auch darum, Synergieeffekte zu nutzen und Doppel- und Dreifachkapazitäten zu vermeiden. Ziel muss es sein, dass die Einrichtungen innerhalb der Kleeblatt-Region sich in ihren Stärken ergänzen und ihre Kräfte bündeln. Denn im Wettbewerb innerhalb der Triade USA, Japan, Europa sind selbst europäische Großregionen immer noch relativ kleine Mitspieler.

Die Landesregierung wird auf allen vier Handlungsfeldern aktiv werden. Die Zusammenarbeit im Kleeblatt stärkt die Großregion im Norden Europas; sie nutzt Schleswig-Holstein als Kernstück der Kleeblatt-Region.

Anmerkungen

- 1 Vgl. den Ostseebericht 1999/2000 der Landesregierung, der im September im Landtag behandelt wurde (Drs. 15/204).
- 2 Siehe jetzt auch: Hanne-Margret Birckenbach und Christian Wellmann (unter Mitarbeit von Leonid Karabeshkin): Zivilgesellschaft in Kaliningrad. Eine Explorationsstudie zur Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit, erstellt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kiel, Juni 2000 (Umdruck Nr. 15/209).
- 3 Rolf Fischer: Nordseekooperation als Gewinn für alle, in: Der Nordschleswiger vom 13. Juli 2000.
- 4 Rolf Fischer spricht stattdessen vom Mare Cimbricum. Der Name ist aber letztlich

weniger wichtig als die Sache selbst.

- 5 Dirk Meier: Könige der Nordsee. Die Küsten des Mare Frisicum von 250 bis 850 n. Chr., in: Nordfriesland 130 (August 2000), S. 21-25.
- 6 Vgl. z.B. die Titelgeschichte des „Spiegel“ vom 7. August 2000 über die Wikinger: Menschenjagd im Drachenboot.
- 7 Siehe etwa Angelo Pichierrì: Die Hanse - Staat der Städte. Ein ökonomisches und politisches Modell der Städtevernetzung, Opladen 2000, und die dort genannte Literatur.
- 8 Vgl. Lenkungsgruppe (Hrsg.): Regionales Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg. Entwurf eines Handlungsrahmens - Arbeitsgruppenberichte und Materialien, Februar 1996.
- 9 Gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein (Hrsg.): Metropolregion Hamburg. Regionales Entwicklungskonzept 2000. Entwurf, Hamburg, Hannover, Kiel, November 2000. Diesem Entwurf haben die drei Kabinette am 7. November in Hamburg in ihrer tri lateralen Kabinettsitzung zugestimmt. Auch diese gemeinsamen Kabinettsitzungen sind ein - inzwischen bewahrtes - Instrument der Kooperation.
- 10 Siehe hierzu den Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum, der im Juli im Landtag behandelt wurde (Drs. 15/109).
- 11 Vgl. dazu auch meine Regierungserklärung vom 10. Mai 2000: Arbeit, Bildung, Innovation - An morgen denken, heute handeln! Hrsg, von der Pressestelle der Landesregierung, Kiel 2000 (www.schleswig-holstein.de/landsh).
- 12 Vgl. dazu: Inventing New Geography: Mögliche Strategien für den südwestlichen Ostseeraum; hrsg. von den STRING-Partnern, September 2000 (Broschüre); Internet: www.balticstring.net.
- 13 PLANCO Consulting GmbH, Essen (Hrsg.): NorVision. A spatial Perspective for the North Sea Region. Summary, May 2000 (Broschüre).

50 Jahre KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

von UTE ERDSIEK-RAVE

Am 18. November 2000 fand auf Einladung der Kirchengemeinde St. Petri in der Aula der dänischen Ungdomsskole Ladelund eine Veranstaltung statt, auf der im Beisein zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland die 50-jährige Geschichte der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund gewürdigt wurde. Seit der Eröffnung eines Dokumentenhauses mit einer Dauerausstellung und einem Gruppenraum vor 10 Jahren am 18. November 1990 hat sich die Ladelunder Einrichtung zu einer der wichtigsten Stätten historisch-politischer Bildung in Schleswig-Holstein entwickelt.

Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave, hat es sich daher nicht nehmen lassen, bei der Gedenkveranstaltung am 18. November 2000 in Ladelund die zentrale Ansprache zu halten. Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung geben wir die Ausführungen der Ministerin im Folgenden wieder.

Die Grenzfriedenshefte führen damit ihr seit den 80er Jahren andauerndes Engagement für die Vermittlung der Geschichte des KZ Ladelund 1944 und für die Ladelunder Versöhnungs- und Bildungsarbeit fort.

Die Redaktion

Liebe Frau Penno, lieber Herr Pörksen
meine Damen und Herren,

für Ihre freundliche Einladung nach Ladelund danke ich.

Wir sind heute zugleich an einem Ort, der für ein Deutschland steht, in dem von 1933-1945 Hass, Gewalt, Tod und Vernichtung regierten.

Wir sind an einem Ort, der vor 50 Jahren zur Gründung einer exemplarischen Institution führte:

Heute ist die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund 50 Jahre alt und damit die älteste KZ-Gedenkstätte in Deutschland. Ich bedanke mich, dass ich hier heute dabei sein darf.

Man nennt derartige Jahreszahlen für Orte oder Personen normalerweise Jubiläum - dass ich mir diesen Begriff und auch die Bezeichnung Feier versage, werden Sie verstehen. Und die aus einem solchen Anlass üblichen Glückwünsche verbieten sich ebenfalls - an ihre Stelle tritt Dank.

Am 1. November 1944 wurde das Außenlager Ladelund des Konzentrationslagers Hamburg-Neuengamme errichtet. Hier kamen innerhalb von sechs Wochen -bis zum 16. Dezember des gleichen Jahres - 300 Häftlinge aus 13 Nationen ums Leben. Allein 111 der Toten gehörten zu den 589 Männern, die kurz zuvor von den deutschen Besatzern aus dem niederländischen Dorf Putten nach Ladelund verschleppt worden waren. Putten war zuvor als Vergeltung für eine Widerstandsaktion vollständig zerstört worden.

Dieser grundlegende Sachverhalt ist Ihnen bekannt - ich nenne ihn dennoch mit wenigen Worten, um die Ungeheuerlichkeit dessen in die Gegenwart zu holen, wozu uns auch heute noch die richtigen Worte fehlen.

Die Sprache ist das Menschlichste am Menschen - also müssen wir sie auch dann nutzen, wenn wir mit dem Unsäglichen umzugehen haben. Und dennoch rede ich immer in dem Bewusstsein, dass der Satz von Elie Wiesel ausdrückt: Die Redenden wissen nichts und die Wissenden reden nicht.

Wer kann sich Leid und Tod der 300 Menschen vorstellen, die in ein kleines nordfriesisches Dorf verschleppt wurden und in einem qualvollen Vernichtungsprogramm von sechs Wochen Dauer der Brutalität ihrer Schergen ausgesetzt waren - wem fallen dazu Worte ein?

Wem fallen Worte ein zu der perfekten Todesmaschinerie des nationalsozialistischen Deutschlands, zu diesem Vernichtungssystem, zu dem auch Ladelund gehörte?

Die Gräber der Toten, denen an diesem Ort das Leben genommen wurde, sind Ausgang einer langjährig gewachsenen Erinnerungs-, Dokumentations-, Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit. Diese Arbeiten werden von einigen Überlebenden, von Angehörigen und Nachkommen der Opfer, von vormaligen Tätern und ihren Nachkommen, von Einheimischen und von einem engagierten Freundeskreis getragen.

Die Begegnungen zwischen Ladelund und Putten wurden von Anfang an von dem Willen zur Versöhnung getragen. Sie begannen 1950 und dauern bis heute an - und ich begrüße an dieser Stelle die anwesenden Niederländer von ganzem Herzen. Jedes dieser Treffen weckt schmerzende Erinnerungen - und dennoch sind sie die Voraussetzung für eine dauerhafte Verständigung und die Vermittlung des Versöhnungsgedankens an weitere Generationen.

Nur so kann wieder zur Sprache, zum Gespräch über Gräber und Grenzen hinweg gefunden werden. Das ist die große Leistung der Menschen, die für diese Gedenkstätte Sorge tragen; eine Leistung, der ich mit großer Hochachtung begegne. Lassen Sie uns einen Moment an die Zeit denken, in der die Gedenkstätte Ladelund gegründet wurde.

Wie war die Haltung der Gesellschaft der neu gegründeten Bundesrepublik zum

Nationalsozialismus?

Erlauben Sie mir, auf Jörg Friedrich zu verweisen, der sich in seinem 1984 veröffentlichten Buch „Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik“ auf die Fakten einer empirischen Untersuchung stützte:

1956 konnte man feststellen, dass zu diesem Zeitpunkt in der BRD allenfalls 19 Prozent Antinazis einer Mehrheit von 81 Prozent Exnazis und Indifferenten gegenüber standen. Jörg Friedrich folgert daraus, dass ein historischer Schlussstrich nicht möglich ist; denn 19 Prozent Antinazis seien außer Stande gewesen, eine zeitweilige Immunisierung zu begründen. Sie existiere auch nicht.

Zum Rechtsextremismus im Jahr des Erscheinens seines Buches im Jahr 1984 schreibt Friedrich:

„Ein politischer Nationalsozialismus ist nirgends wieder aufgetaucht, doch schon der debile NS-Kult eines jugendlichen Mobs trifft die Bundesrepublik in einem Zustand äußerster Hilflosigkeit. Die Gutwilligen ringen die Hände, schlagen Alarm, möchten den Anfängen wehren, so dass die trostlosen SS-Transvestiten sich und ihren Leidensgefährten melden können: Aktion läuft, die Linken und die Juden zittern schon.

Das Publikum erfährt auf diesem Wege, dass der im ersten Anlauf gescheiterte Nationalsozialismus erneut die politische Arena betreten hat und als Überraschungsgast zeigen wird, was in ihm steckt. Erfahrungsgemäß ist ihm etwas zuzutrauen.“

Dieser Befund von 1984 sollte uns geläufig sein.

Wir können diese Feststellung auch erschreckend, verstörend, gefährlich nennen - entscheidend ist, dass sie uns geläufig ist, dass sie uns wach macht und wach hält. Wir haben heute mit mehr zu tun, als nur mit dem, was Jörg Friedrich den „debilen NS-Kult eines jugendlichen Mobs“ nennt.

Heute haben wir es im rechtsextremen Spektrum mit organisierter Gewalt gegen Menschen und Symbole zu tun.

Verstehen Sie mich richtig: Ich will keine Gefahr beschwören, ich will zur Wachheit aufrufen, zur Wahrnehmung der Vergangenheit.

Wachheit und Wahrnehmung sind keine Frage des Geburtsdatums: Hinweise darauf, dass sich mit dem Geburtsdatum die Verstrickung in den Nationalsozialismus beziehungsweise die Befreiung von jeglicher kollektiven Verantwortung erkläre, helfen da nicht weiter. Erst eine Annahme unserer Geschichte durch ein aufnahmebereites kollektives Gedächtnis legt die Grundlage für eine Zukunft, die ein „Nie wieder!“ wirklich möglich macht.

Und dies mit einer ebenso genauen wie unprätentiösen Haltung zu den emotional äußerst schwer zu akzeptierenden Fakten.

Denn wer kann und will sich denn die Geschehnisse in Ladelund vom

November/Dezember 1944 in allen Einzelheiten vorstellen?

Und wer will andererseits die Einzelheiten dieser Geschehnisse durch Abstraktionen mildern?

Mit der lebendigen, aufmerksamen, wachen Bewältigung dieses Gegensatzes ist die Aufgabenstellung für uns und die nachfolgenden Generationen gegeben - und auch in Hinblick auf die rechtsextreme Brutalität unserer Tage.

Ein Wahrnehmen und Akzeptieren der Vergangenheit wird auch in Zukunft das Gespräch über Grenzen und Gräber hinweg möglich machen - es ist die Grundlage für eine entschiedene, klare Haltung.

Ich werde nicht müde werden, unsere Schulen zu dieser entschiedenen und klaren Haltung aufzurufen, sie aufzurufen zur Erinnerungsarbeit, zur Aufklärung und zum Lernen unserer Geschichte für Gegenwart und Zukunft. Und das geschieht umso prägsamer, je näher das Geschehen rückt - in der eigenen Familie, im eigenen Dorf, in der eigenen Region, an den Orten des Schreckens.

Hier in Ladelund wurde 1990 das Dokumentenhaus errichtet, welches die ursprünglich von Dr. Leppien und seinen Schülern der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg erarbeitete Ausstellung beherbergt.

Diese großartige Initiative von Dr. Leppien - den ich herzlich begrüße - und seinen Schülerinnen und Schülern macht konkret, deutlich und behutsam klar, wie das KZ entstehen konnte, wie sich die einheimische Bevölkerung dazu stellte, welchen Bedingungen die Häftlinge ausgesetzt waren, welche Schuld die Täter auf sich luden, und wie es nach 1945 zu einer Annäherung zwischen den Menschen Ladelunds und den Angehörigen der Opfer - vor allem aus den Niederlanden - gekommen ist.

Und zusätzlich wird in jedem Sommer eine Sonderausstellung im thematischen Kontext gezeigt.

Der didaktische Rahmen der Ausstellung ist, wie die Gedenkstättenarbeit hier eindrucksvoll zeigt, hervorragend geeignet für die Vermittlungsarbeit an nachfolgende Generationen.

Allein aus der Anschauung heraus ist Betroffenheit in der dritten Generation nach 1945 nicht mehr zu erzeugen. Die Ausstellung zeigt andererseits, dass die exemplarische Aufarbeitung der Geschehnisse und ihres historisch-gesellschaftlichen Umfeldes Nachdenklichkeit und Entschiedenheit gerade auch bei Jugendlichen erzeugt. Und es gibt noch Vieles aufzuarbeiten und zu erforschen - die Erforschung der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein - in diesem Jahr von der Landesregierung in Auftrag gegeben - ist ein Beispiel dafür.

Ladelund ragt in der Gedenkstättenarbeit des Landes heraus - meine Hochachtung, meinen Respekt, meine Dankbarkeit dafür möchte ich nochmals mit aller Deutlichkeit nennen.

Für die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein werden im kommenden Haushaltsjahr, nicht zuletzt mit dem Blick auf die Sicherung der Arbeit in Ladelund, mehr Mittel als bislang zur Verfügung stehen. Es ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung, die Arbeit der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein darüber hinaus weiter zu sichern und für kommende Generationen auszubauen.

Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass eine Stiftung für die Gedenkstättenarbeit errichtet wird, an der sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen können und sollten. Die Anstrengungen zur Sicherung der Gedenkstättenarbeit sollten von vielen Schultern getragen werden. Eine Stiftung „Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“ scheint mir dafür die geeignete Form zu sein. Dabei könnte sich Ladelund als zentrale und koordinierende Stelle der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein entwickeln.

Ich werde hierzu die Initiative ergreifen.

Ich wünsche der Gedenkstätte Ladelund viele weitere Jahre einer einfühlsamen und nachhaltigen Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit.

„Wir haben von Mensch zu Mensch miteinander gesprochen“

Redakteur L. P. Christensens Plaudereien mit Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Sievers 1936-1938

von *RENE RASMUSSEN*

Einleitung

In einer kleinen Sammlung tagebuchähnlicher Skizzen, die sich im Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig befinden hat L. P. Christensen, langjähriger Redakteur bei Flensburg Avis, in den Jahren 1936-40 mehrere Gespräche mit einer ganzen Reihe bekannter deutscher Persönlichkeiten aufgezeichnet. Lorens Peter Christensen (1882-1960) - im täglichen Umgang nur als L. P. bezeichnet - war von 1898 bis zu seinem Tod bei der dänischen Zeitung Flensburg Avis angestellt. Als der legendäre Chefredakteur Jens Jessen 1906 verstorben war, wurde er Redaktionssekretär. 1940 übernahm er nach Chefredakteur Ernst Christiansens² erzwungener Pensionierung dessen Position, um diese bis zu seinem Tod 1960 zu behalten. Außerdem gehörte er dem Vorstand des Dänischen Schulvereins für Flensburg und Umgebung an, war von 1924-1934 Mitglied im Flensburger Stadtrat und bis 1945 Ratsherr.

Leider lassen sich L. P. Christensens Aufzeichnungen nicht genau datieren. Wahrscheinlich sind sie in ihrer vorliegenden, leicht kommentierenden Form in den 1940er Jahren niedergeschrieben worden, beruhen aber auf den im Zusammenhang mit den Gesprächen gemachten Notizen, die später verloren gingen. Christensen hatte als gestandener Journalist ein trainiertes Gedächtnis für Wortwechsel. Und da es sich um Gespräche von außerordentlicher Bedeutung für die Minderheit handelte, hat er seine Gesprächsnotizen vermutlich unmittelbar nach den Treffen in seiner leicht lesbaren Handschrift aufgeschrieben.

In diesem Beitrag sollen die Aufzeichnungen der Gespräche mit Wilhelm Sievers, Flensburgs erstem nationalsozialistischen Oberbürgermeister, wiedergegeben werden. Sie umfassen den Zeitraum von dessen fristloser Entlassung im Januar 1936 und seiner Rehabilitation und Einsetzung als Oberbürgermeister in Brandenburg im Februar 1938. Dies ist ein Zeitraum in Sievers Leben, über den wir bislang recht wenig wissen.

Zur Person Dr. Wilhelm Sievers

Dr. jur. Wilhelm Sievers galt in der NSDAP als „Alter Kämpfer“³. Er hatte als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg gekämpft, bei der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes in Kiel 1919 mitgewirkt und als Mitglied eines Offiziers-Stoßtrupps in Königsberg am Kapp-Putsch 1920 teilgenommen. Sofort nach der Gründung des rechtsextremen, antisemitischen „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutz-Bundes“ wurde er dessen Mitglied. Nach dessen Auflösung 1922 schloss er sich im Sommer desselben Jahres der NSDAP an. Als die Partei nach Hitlers Entlassung aus der Landsberger Festungshaft 1925 reorganisiert wurde, trat Sievers erneut ein und wurde Mitglied unter der Nummer 12.007.

Sievers machte in der NSDAP zügig Karriere, wurde 1931 Bürgermeister in Eckernförde und im März 1933 Mitglied des Kieler Provinziallandtages. Nach den Worten des Historikers Carsten R. Mogensen gehörte er zum „harten Kern“ der NSDAP in Schleswig-Holstein. Am 12. Februar 1933 wurde Sievers außerdem Vorsitzender des Schleswig-Holsteiner Bundes. In der letztgenannten Funktion hielt er im Frühjahr 1933 vielerlei Reden, die den so genannten „Ostersturm“ auslösten, mit Aussagen wie: „Wir wollen ihnen [den Dänen] ins Ohr schreien, dass wir Nordschleswig wieder haben wollen. [...] Schleswig-Holstein hat es satt, sich von dem kleinen Volk im Norden zeigen zu lassen, wie die Grenze aussehen soll.“ Reden dieser Art lösten Bestürzung in Dänemark aus, und die Berliner Zentralregierung sah sich genötigt, mit nach außen hin beruhigenden Worten einzuschreiten und Sievers und mehreren anderen Grenzkämpfern klar zu machen, dass es nicht in Deutschlands Interesse sei, Unruhe an der deutsch-dänischen Grenze zu schaffen.

Am 12. Mai 1933 wurde Sievers kommissarischer Landrat für den Landkreis Flensburg, am 23. Juni 1933 außerdem Führer der schleswig-holsteinischen Abteilung des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Am 24. September wurde er zum Oberbürgermeister in Flensburg ernannt. Durch diese Blitzkarriere wurde Wilhelm Sievers einer der einflussreichsten Männer im Grenzland, vor allem hinsichtlich der Grenzverhältnisse und der Minderheiten. Obgleich Sievers wegen seiner Äußerungen im Frühjahr 1933 sowohl in Dänemark als auch innerhalb der dänischen Minderheit in Südschleswig als „Scharfmacher“ angesehen und seine Einsetzung als Flensburger Oberbürgermeister als Verschärfung des Grenzkampfes betrachtet wurde, erreichte er ein erträgliches Verhältnis zur dänischen Minderheit.

Sievers' Entlassung

Am 1. Februar 1936 wurde aus dem Flensburger Rathaus die folgende kurze Meldung gesendet: „Auf Anordnung des Reichs- und des preußischen Innenministers vom 27. Januar 1936 ist der bisherige Oberbürgermeister, Herr Dr. Wilhelm Sievers, unter Bezugnahme auf das Gesetz über die Wiedererrichtung des fachlichen Beamtenstandes in den Ruhestand versetzt worden.“

Diese völlig unerwartete Entlassung löste zahlreiche Gerüchte aus. Die deutschen Zeitungen kommentierten die Angelegenheiten nicht mit einem Wort, wogegen in der dänischen Presse nördlich der Grenze zahlreiche Mutmaßungen über die Ursachen verbreitet wurden. Einige deuteten Sievers' Entlassung als Zeichen dafür, dass die Zentralregierung eine Entspannung an der deutsch-dänischen Grenze wünschte - obwohl sich Sievers seit dem „Ostersturm“ wesentlich moderater zur Revision der Grenze geäußert hatte. Andere verbanden die Entlassung mit seiner mangelnden Fähigkeit, eine einheitliche und gleichgeschaltete Nazifizierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig durchzusetzen - woran schon mehr zu finden sein mochte. Am 2. Februar schrieb Flensborg Avis, das als einziges Blatt südlich der Grenze die Angelegenheit kommentierte, dass man auf der Grundlage „authentischer vertraulicher Informationen“ den Schluss ziehen könne, dass die Absetzung ein reiner Verwaltungsakt sei. Die Zeitung vermutete allerdings, dass sich im Laufe der Zeit immer mehr Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei so speziellen Persönlichkeiten wie dem Oberbürgermeister und Gauleiter Hinrich Lohse⁴ entstanden seien.

Diese Vermutung war durchaus stichhaltig. Tatsächlich hatten sich mit der Zeit Differenzen zwischen den beiden entwickelt, vor allem wegen Sievers mangelndem Geschick bei der Gleichschaltung der deutschen Nordschleswiger. In einer Dienstbesprechung mit Regierungsrat Dr. Laux im Oktober 1935 soll sich Sievers außerdem abfällig über Lohse geäußert haben. In diesem Zusammenhang ist wohl der eigentliche Anlass für Sievers' plötzliche Entlassung zu suchen.⁵ Sievers selbst war überzeugt davon, dass der eigentliche Grund dafür, dass er beim Gauleiter in Ungnade gefallen war, in Ernst Schröders Intrigen bei Lohse lag. Schröders Einfluss war zu diesem Zeitpunkt im Steigen begriffen, und nach Sievers' Sturz trat er als zentrale Person in der deutschen Minderheitsarbeit in Nordschleswig und in der deutschen Grenzpropaganda auf. Der „Pressemensch“ Ernst Schröder (1889-1951), der bei der Schleswigschen Grenzpost in Hadersleben ausgebildet worden war, war seit 1922 Leiter des Korrespondenz-Büros Nordschleswig gewesen. Gleichzeitig arbeitete er als Chef der Grenzlandpresse und Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes in Schleswig. Von der zweiten Hälfte der 1920er Jahre hatte er zum Ärger

Sievers' und anderer lokaler NS-Größen mehr versöhnliche Töne gegenüber der dänischen Minderheit und hinsichtlich der Grenzfrage verlauten lassen. Seit Juli 1933 war Schröder Parteimitglied und bediente sich eines stark nazistisch gefärbten Sprachgebrauchs. Rasch gelang es ihm, bei Gauleiter Lohse Gehör zu finden, und nach und nach gewann er seine Position als Experte für Minderheiten- und Grenzangelegenheiten in Schleswig, die er nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 verloren hatte, zurück. Er beriet das Auswärtige Amt in schleswigschen Angelegenheiten, war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Nordschleswigschen Zeitung, des Zentralorgans der deutschen Minderheit, und des Wohlfahrts- und Schulvereins, der die deutsche Schul- und Kulturarbeit nördlich der Grenze finanzierte. Um 1935-36 stand sein angespanntes Verhältnis zu Sievers seiner weiteren Laufbahn im neuen Deutschland im Weg, und man kann mit gutem Grund annehmen, dass er hinter den Kulissen gegen Sievers intrigiert hatte.

L. P. Christensen, der in der Lindenallee oberhalb der Flensburger Neustadt wohnte, spazierte gerne morgens und abends. Wenn schwierige Sachen außerhalb der Hörweite neugieriger Ohren erörtert werden mussten, nahm er häufig einen Begleiter mit.

Auf einem Spaziergang im Oktober 1936 kam Christensen mit Sievers ins Gespräch, und hier beginnen auch seine Aufzeichnungen.

L. P. Christensens Tagebuchaufzeichnungen

17.10.1936 (Privates Gespräch)

Dr. VT. Sievers wurde am 19. September 1933 zum Oberbürgermeister in Flensburg ernannt und erhielt am 31. Januar 1936 mittels eines Telegramms des deutschen Innenministers seine Kündigung mit sofortiger Wirkung, allerdings mit Pension. Ich ging am nächsten Morgen sofort zum Rathaus, um nach dem Grund zu fragen. Traf den geschäftsführenden Bürgermeister Mittag⁶, der auf meine Frage antwortete: „Wir Nationalsozialisten denken nicht darüber nach, was der Grund sein könnte. Wir fügen uns der höheren Einsicht.“ Als später in der Ratsversammlung nachgefragt wurde, gab Bürgermeister Dr. Link⁷ die Erklärung ab: „Ich kann nur versichern, dass alles hier in der Kommunalverwaltung so ist, wie es sein soll.“ In der Presse [der dänischen Presse nördlich der Grenze, RR] ist von Unstimmigkeiten zwischen Dr. Sievers und dem Gauleiter, Oberpräsident Lohse, die Rede.

Am 17.10.36 treffe ich Dr. Sievers, als ich von meiner Morgentour kam, und er steht - im starken Regen - und schneidet die Hecke vor der Villa, die er am Marienhölungsweg bewohnt.

-Na, schon so fleißig?

S.: Ja, man hat mich ja in den Ruhestand versetzt, so muss man ja sehen, wie man sich auf andere Weise beschäftigt.

Ich habe gelesen, dass Sie den Tornister packen und Soldat werden wollen.

S.: Daran denke ich überhaupt nicht! Andere pflegen ja besser über meine Angelegenheiten Bescheid zu wissen als ich selbst. Soll ich wie ein Pudel mit Nervenzusammenbruch und hängenden Ohren das Feld räumen? Ich habe meine Sache durchgekämpft; aber mein Recht muss klipp und klar an den Tag kommen. Meine Liebe zu Flensburg kann höchstens von der Ihren übertroffen werden, Herr Christensen. Und meiner Frau gefällt es auch gut hier. Diese persönlichen Dinge, das ist ja haarsträubend! Der Minister⁸ ist direkt hinters Licht geführt worden, aber jetzt weiß er Bescheid. Eines Tages schreibt er, was mit mir geschehen soll. Ich werde alles daran setzen, hier in Flensburg zu bleiben.

Diese Unterhaltung bleibt natürlich vertraulich, sonst hätte ich nicht so ausführlich mit Ihnen gesprochen.

- Ich habe ja auch nur ganz persönlich Ihnen einen guten Morgen gewünscht!

S. (fährt fort): Jetzt nach der Wahl zum Landsting in Nordschleswig⁹, die zeigt, wie sehr man am Marxismus hängt (Ich: Ja, die demokratische Grundeinstellung ist ja ein gemeinsames Kennzeichen im ganzen Norden) und gerade hier, wo sich Deutsch und Dänisch begegnen, sollte man einander das beste zeigen, und dann diese Persönlichkeiten ...

- Grüßen Sie Ihre Frau (Frau S. hat auf dem Balkon gestanden und das Gespräch verfolgt)!

S.: Ja, darf ich auch Sie bitten, zu Hause zu grüßen!

Sievers hatte zu diesem Zeitpunkt direkt bei Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess interveniert und sich zu rechtfertigen versucht. Dennoch war er am 3. Juli 1936 von einem Parteigericht „parteischädlicher Betätigung“ für schuldig befunden worden. Ihm wurde zudem vorgeworfen, Gauleiter Lohse verleumdet zu haben. Das Gericht billigte ihm zwar mildernde Umstände zu und beließ es bei einer Verwarnung, dennoch durfte Sievers bis zum 30. Juni 1937 kein Ehrenamt der Partei mehr bekleiden.

Sievers hatte aber noch nicht aufgegeben. Am 4. März 1937 versuchte er seine Angelegenheit vor das höchste Parteigericht zu bringen, da er Fehler und Unkorrektheiten in der Urteilsbegründung ausgemacht hatte. Die Zeit aber verging, und beim nächsten Treffen mit L. P. Christensen zwei Monate später war er nicht mehr so zuversichtlich.

22.5.37 (Privates Gespräch)

(Auf der Morgentour mit Cornelius Hansen¹⁰ kommen wir am Haus des früheren Oberbürgermeisters Dr. Sievers vorbei. S. und Frau gehen und arbeiten im Garten. Als Dr. Sievers uns erblickt, ruft er mich.)

S.: Herr Christensen. Sie sind immer gut informiert. Was soll mit mir werden?

- Was aus Ihnen werden soll, sollten Sie selbst am besten wissen.

S.: Mein Name ist ja in Verbindung mit dem Amt des Oberbürgermeisters in Tilsit genannt worden. Weiß man näheres darüber? Sie haben doch über Redakteur Kronika" gute Verbindungen in Berlin.

- Ich kann Ihnen vertraulich darüber Auskunft geben (ich weiß es aus privater Quelle), dass man mit drei Bewerbern in Tilsit rechnet.

S.: Bin ich unter den Dreien?

- Das kann ich Ihnen nicht sagen

S.: Wenn ich nun das Amt in Tilsit bekäme, wäre ich dann Ihrer Meinung nach voll rehabilitiert?

- Ja, das glaube ich schon, kann man sagen. Tilsit ist fast genau so groß wie Flensburg, liegt an einer wichtigen Grenze und hat eine nationale Minderheit. (Dr. S. erzählt, dass er an einer vierwöchigen militärischen Übung teilnehmen will, um Kapitän werden zu können. Drei Dinge hat er doch in der Zeit seines Zwangsurlaubs erreicht: Er hat etwas für seine Gesundheit getan, hat seine Militärübungen absolviert und Dänisch gelernt. Getrennt mit den besten Grüßen, auch nach Hause (unsere Frauen hatten sich bei verschiedenen Zusammenkünften bei Generalkonsul Larsen¹² kennen gelernt).

Am Abend erfahre ich von Redakteur Kronika, dass in der jüngsten Zeit in Tilsit ein Name dazu gekommen ist: Dr. Sievers, und darüber wird sehr viel gesprochen. Fast gleichzeitig ruft Dr. S. an; er wollte gerne unser morgendliches Gespräch fortsetzen. Erfragt, ob ich nicht am nächsten Morgen spazieren ginge (ein Sonntag), ob ich nicht um 11 Uhr bei ihm hereinschauen wollte, denn seine Frau wollte auch gerne dabei sein. Verspreche dies, wenn nichts dazwischen kommt.)

Sievers wusste zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht, wie es um ihn stand. Dass er auf L. P. Christensen zurückgreifen musste, um etwas über seine eigenen Angelegenheiten zu erfahren, weist daraufhin, dass sein Kontakt zum regionalen Verwaltungsapparat in Schleswig-Holstein schwach war. Verständlicherweise wollte kein schleswig-holsteinischer Beamter mit einem Mann in nähere

Verbindung gebracht werden, der wegen parteischädlichen Verhaltens verurteilt worden war.¹³ Sievers' Frage, ob Jacob Kronika näheres wüsste, deutet darauf hin, dass man auch in deutschen Kreisen davon ausging, dass Kronika durch seine vielen Kontakte in Berlin gut informiert sein müsste. Bis zu diesem Zeitpunkt war es diesem tatsächlich mehrmals geglückt, durch seine guten Verbindungen gründlich ausgefeilte Pläne zum Verbot von Flensburg Avis zu vereiteln. Ebenso war es ihm gelungen, der dänischen Minderheit gewisse Ausnahmen hinsichtlich verschiedener Parteipflichten im gleichgeschalteten NS-Deutschland zu bewahren.

23.5.37 (Privates Gespräch)

(Schaue auf meiner Morgentour bei Dr. Sievers herein. Von Frau Sievers empfangen, da ihr Mann gemeinsam mit dem Arzt bei einem der Kinder ist. Sprechen einleitend über das schmucke Heim.)

Frau S.: Ja, ich bin auch so glücklich darüber gewesen. Aber jetzt muss ich sagen, dass ich mir nichts mehr aus Flensburg mache. Sie wissen nicht, wie fürchterlich das letzte Jahr gewesen ist. Man weiß ja doch, mein Mann hat nichts getan, und dann diese Behandlung! Wir sind nervlich völlig am Ende. Mein Mann ist voller Tatendrang und Energie, und dann hängt man hier so herum!

(Dann wird Frau S von ihrem Mann abgelöst. Ich will ihre Rückkehr vom Arzt abwarten, und wir beginnen das Gespräch mit unwichtigen Dingen wie dem Stutzen der Alleebäume vor ihrem Haus. S. geht zu einem abgeschlossenen Buchschrank und holt eine sehr dicke Mappe hervor.)

- Na, ich muss ja sagen, Sie haben im letzten Jahr nicht auf der faulen Haut gelegen.

S.: Dies ist nur die Hälfte. (Bitter, mit ironischem Lächeln) Das ist mein Kampf! Ich kann Ihnen doch im Vertrauen einige Schreiben zeigen (zeigt mir u.a. ein Schreiben vom Präsidenten der Reichsmusikkammer, Professor Raabe, aus dem hervorgeht, dass dieser eifrige, aber bislang vergebliche Anstrengungen unternommen hat, um Dr. Sievers ein persönliches Gespräch mit Innenminister Dr. Frick zu verschaffen; einen Brief von Abteilungsleiter Dr. Stuckart im Innenministerium, der allen betreffenden Stellen die Anweisung gegeben hat, nach einem Bürgermeisterposten für Dr. S. Ausschau zu halten, und schließlich ein Schreiben von Dr. Frick, dass darauf hinauslief, dass es keinen Anlass für ein persönliches Treffen gebe (was offenbar tatsächlich der Fall war). Der Tonfall in allen diesen Schreiben zeigt, dass man Dr. S. gegenüber absolut wohlgesonnen ist, dass die Luft rein ist. Es kommt nur darauf an, ihn in das richtige Amt zu setzen.)

- Ja, nun da Sie mir diese Schreiben gezeigt haben, kann ich Ihnen ruhig eine Neuigkeit mitteilen, die Sie interessieren wird. Ich habe Sie nicht auf dem offiziellen Wege erhalten - dann würde ich sie Ihnen nicht mitteilen - sondern aus privater Quelle, und ich erzähle es Ihnen, weil es niemandem schaden kann, weil ich rein menschlich fühle, dass Sie es schwer gehabt haben und nun sehr daran interessiert sind, wie es mit dem Amt in Tilsit steht, das seit 1. April vakant ist und Schnellstmöglich neu besetzt werden muss. Da waren drei Personen, die besonders in Betrachtung gezogen wurden, aber nach Ablauf der Frist ist noch ein Name hinzugekommen, und zwar Ihrer. Aus dem Umstand, dass Ihr Name nach Ablauf der Frist hinzugekommen ist, lässt sich schließen, dass dort gewisse Kräfte in Ihrem Interesse arbeiten. Sonst hätte man im Grunde genommen ihre Bewerbung nicht einmal beachten brauchen.

(Frau S, die hinzu gekommen ist, erklärt gemeinsam mit Dr. S., dass er eine Bewerbung eingebracht hat, offenbar nach Verbreitung der Gerüchte.)

S.: Ja, ich war wohl zu aufrichtig; sonst hätte man sich vieles ersparen können.

- Man kann wohl kaum zu aufrichtig sein; wenn ich Sie übrigens nicht für aufrichtig halten würde, säße ich nicht hier.

S.: Ja, Sie können glauben, das war eine schwere Zeit.

- Da gab es wohl Unstimmigkeiten mit Gauleiter Lohse ...

S.: Nein, da ist einzig und allein eine Person, die an allem Schuld hat. Sie kennen ihn gut! (Dann fährt Dr. S. mit leuchtenden Augen und einem scharfen fanatischen Gesichtsausdruck fort.) Dieser Schuft, dieser Halunke, dieser verfluchte Kerl, nein einen Kerl kann man ihn überhaupt nicht nennen, diese schleimige Qualle! Aber Sie können überzeugt davon sein, dass 99 Prozent der Bevölkerung wissen, was für ein Halunke er ist.

- Das glaube ich nun nicht. Denn dann müsste man sich darüber wundern, dass sich der Mann so lange auf seinen wichtigen Posten halten kann; Staatskommissar in Grenzangelegenheiten, Übermittler des großen deutschen Geldes nach Nordschleswig (über den Wohlfahrts- und Schulverein), Vorsitzender im Aufsichtsrat der Nordschleswigschen Zeitung und zuletzt zusätzlich Redakteur beim Schleswig-Holsteiner.

S.: Sie wissen: wenn man zwei Zeitungen zusammenknüllt und sie anzündet, bleibt ein ganz kleines Häufchen Asche übrig. So viel wurde es nicht wieder, als man im Blauen Saal des Deutschen Hauses Ernst Schröders Anschuldigungen gegen mich durchging.

- Ja, der Betreffende hat ja im Laufe der Jahre auch uns gegenüber ein paar Liebenswürdigkeiten vorgebracht: die schärfste war, als er 1933 die dänische

*Minderheit als Kommunistenbande abstempeln wollte, damit alle unsere Einrichtungen verboten würden. Natürlich gibt es in jeder Partei Randgruppen mit gewissen, wechselnden Sympathien, Niemand weiß besser als Sie, dass Sie viele ehemalige Kommunisten in Ihren Reihen haben. Und die Kampagne im Winter?*¹⁴

S.: Ja, die habe ich auch verfolgt. Ernst Sehr, 's Stoß gegen mich ist geglückt, der Angriff gegen Sie also nicht.

(S. geht auf viele Dinge ein, leugnet u.a. die Unterstützung für Jep Nissen¹⁵ in Nordschleswig. Er hebt hervor, dass er als Oberbürgermeister in Flensburg doch einiges erreicht habe. So sei es ihm fünf vor zwölf gelungen, in Berlin die Stilllegung der Werft zu verhindern, deren „Verschrottung“ schon beschlossene Sache gewesen sei. Aber Flensburg Avis ist das einzige Blatt, das etwas Gutes an ihm gefunden und den Mut hatte, dies auch öffentlich kund zu tun. Sie wissen ja auch, dass sich seit dem Augenblick, als ich zur dänischen Gemeindeschule und den Schweinepfad dort sah, entscheidende Schritte z.u einer Veränderung getan haben, nicht wahr? Er benutzt immer noch die härtesten Worte gegen E. Sehr, und dessen „Futterkrippenpolitik“).

Dr. S.: Ich habe niemals irgendeinen Menschen gehasst, aber ihn werde ich bis zu meinem letzten Atemzug hassen. Ich habe ein Ziel, und das werde ich im Auge behalten, solange ich lebe: Diesen Kerl unschädlich zu machen! Wartet nur, bis ich wieder ins Amt komme und normale Verbindungen mit dem Ministerium aufnehmen kann.

(Beim Abschied erinnert Frau S. an den gemütlichen Abend, den sie zusammen mit Dänen im dänischen Konsulat verbracht hatten.)

- Davon hätten wir mehrere haben können, wenn nicht...

S.: Ja, ja! (Erinnert noch einmal an die Vertraulichkeit der Schreiben, die er gezeigt hat.)

- Selbstverständlich. Wir haben von Mensch zu Mensch miteinander gesprochen, nichts anderes.

Bis zum nächsten Zusammentreffen vergehen drei Wochen.

12.6.37 (Privates Gespräch)

(Auf meiner Morgentour komme ich mit Frau Sievers, die auf dem Balkon steht, ins Plaudern; sie bittet mich herein. Bezüglich Tilsit haben sie immer noch nichts gehört. [Später wird jemand anders ernannt, und vieles lässt vermuten, dass aktive Kräfte Sievers' Ernennung zu verhindern halfen.] So hat sie nun die Hoffnung fast aufgegeben. Ich versuche sie mit dem Hinweis zu ermuntern, dass solche Dinge oft lange dauern. Frau S. hat etwas davon gehört, dass E. Sehr fortziehen

soll, als Leiter eines Büros der „Nordischen Gesellschaft“. Wir sprechen dann über Redakteur Ernst Christiansens offenen Brief an Oberbürgermeister Dr. Kracht¹⁶. - „Haben Sie das gelesen?“ - Ja, das können Sie glauben!“ Frau S. fängt an, sich mit scharfen Worten über E. Sehr, auszulassen; er steht natürlich auch hinter dieser Geschichte.)

- Ja, Frau S., ich will hier wiederholen, was ich schon anderenorts gesagt habe. Wenn wir nach dem Weltkrieg nicht die Haltung angenommen hätten, wie wir es taten, und nicht auf das Äußerste eingesetzt hätten, dann hätte man uns von deutscher Seite - und das werden gerade Sie verstehen können - im Innersten nicht respektieren können. Herr Christiansen ist ein zu 100 Prozent dänisch-nationaler Mann, aber ich kenne keinen, der in seiner Denkweise dem nationalen Gegenpart gegenüber anständiger ist als er. Wir haben nichts gegen einen scharfen nationalen Gegner, aber er sollte gerecht, wahrheitstreu und sachlich sein und die Rechte der anderen respektieren.

Frau S. bekräftigt, dass ihr Mann meint, dass man hier an der Grenze einander das beste zeigen müsste: „Er hat übrigens in dieser Woche 23 Briefe geschrieben, sich u.a. in einem Schreiben an Frick für den Posten des Oberbürgermeisters in Hannover beworben, was man sicher als Frechheit ansehen wird.“

- Ihr Mann tat gut daran, sich zu rühren; wenn er hier still sitzen bleibt, dann lässt man ihn auch ganz einfach sitzen. Etwas anderes ist, dass er das Ministerium nicht geradezu mit Briefen bombardieren sollte.

Frau S.: Ich hatte immer gehofft, dass man die Entlassung annulliert, so dass wir hier in Flensburg bleiben könnten.

- Das habe ich mir in keinem Augenblick gedacht. Das tut man nicht! - Was ist mit Ihren alten Freunden?

Frau S.: Mein Mann wurde gestern abend gebeten, beim „Soldatenbund“ zu reden. Aber ansonsten ... (ein schmerzliches Hochziehen, das fast in Weinen übergeht.) Wir bleiben hier in Flensburg wohnen; wenn wir das Haus hier nicht mehr halten können, mieten wir uns etwas kleineres.

Inzwischen wurde Sievers' Klage verhandelt. Am 2.7.1937 wies das oberste Parteigericht die Wiederaufnahme des Verfahrens zurück. Die von Sievers vorgebrachten Argumente wurden für unzureichend gehalten. Außerdem sollte ein aus Sicht des Parteigerichts schon mildes Urteil nicht noch weiter abgeschwächt werden. Dies hat Sievers' Stimmung wohl nachhaltig beeinflusst, als er das nächste Mal mit L. P. Christensen zusammentraf.

(7.7.37. *Treffe Dr. Sievers in der Großen Straße. Mit Resignation in der Stimme*

sagt er: *Vielleicht ist es für einen seihst gut, eine lange Leidenszeit durchzugehen, so wie ich es gerade erlebt habe; das ist bestimmt gut für den Charakter*)
Es vergeht Monat um Monat, ohne dass man etwas hört. Unmittelbar vor Weihnachten muss sich Dr. Sievers einer schweren Operation im St. Franziskus-Hospital unterziehen. I. C. Møller¹ und ich senden ihm einen Blumengruß mit den Wunsch nach guter Genesung. Zu dieser Zeit hört man, dass er zum Oberbürgermeister in Brandenburg ernannt werden wird. Bei einer Gelegenheit, als ich an seinem Haus vorbeikomme, zeigt mir Dr. Sievers selbst einen Brief vom Stellvertreter des deutschen Führers, Rudolf Hess, der seine Ernennung verkündet. Ich habe ihm gegenüber nichts von dem erwähnt, was ich wusste, um keine Hoffnungen zu wecken, die möglicherweise doch nicht erfüllt werden.)

15.1. 1938 (Privates Gespräch) (Besuch bei Dr. W. Sievers, der mich über einen guten Bekannten davon unterrichten ließ, dass er nun zum Oberbürgermeister von Brandenburg bei Berlin ernannt worden sei. Er wirkt geschwächt, hat eine schwierige Blinddarmoperation durchgemacht, außerdem Nierensteine und Thrombose, ist aber geistig rege und federnd wie immer.)

Dr. S. erzählt, dass er 40 Pfund an Gewicht abgenommen habe: Das kommt natürlich von all dem Ärger, den ich gehabt habe, In Brandenburg muss ich mich jedenfalls nicht mit einem E. Schröder herumschlagen. Ich werde bestimmt auch noch einmal ins Propagandaministerium gerufen ...

Beim Abschied erinnere ich Dr. Sievers an ein Wort, das er einmal mir gegenüber ausgesprochen hatte und an das ich mich erinnern werde, weil es eine Art Programmik in sich birgt: „Hier an der Grenze sollten wir-Sie als Dänen und wir als Deutsche - einander unsere besten Eigenschaften zeigen. “

Am 22.2.38 schreibt Dr. Sievers in einem Brief aus Brandenburg:

Zu meiner großen Enttäuschung hatte ich keine Gelegenheit gehabt, mich von Ihnen persönlich zu verabschieden. Es Überschlag sich alles derart, dass ich die Zeit nicht mehr aufbringen konnte. Aus diesem Grunde hatte ich Herrn Generalkonsul Larsen auf gesucht und ihn gebeten, Ihnen sowie Herrn I. C. Möller Grüße von mir zu übermitteln und Sie zu bitten, meinen kurzen Abschiedsbesuch bei ihm auch für Sie gelten zu lassen.

Ich habe hier in Brandenburg ein mich in jeder Weise befriedigendes Tätigkeitsfeld mit großen Aufgaben vorgefunden und bin nun wieder mittendrin in der Arbeit. Freuen würde ich mich, wenn ich Sie oder Herrn Möller hier einmal begrüßen könnte!

Mit den besten Empfehlungen an Ihre Gattin auch von meiner Frau

Ihr sehr ergebener Dr. Sievers

Doch damit war Sievers' Verbindung zur dänischen Minderheit nicht beendet. Nach seinem Umzug nach Brandenburg traf er gelegentlich mit Jacob Kronika zusammen, der nach einem vierstündigen Gespräch in einem Brief an L. P. Christensen am 24.7.1938 schrieb: „Möge Gott uns solche Gegner geben! Es scheint mir, dass wir dieses so sagen dürfen! Es bedeutete etwas ganz besonderes, dass wir in unserer Lebensanschauung zusammenfanden; Christus! Darauf war ich ganz und gar nicht vorbereitet.[...] Ich sende Dir diese Zeilen, weil da so schön über Dich gesprochen wird. [...] Das Kapitel Sievers ist nicht abgeschlossen.“ L. P. Christensen antwortete angetan, dass Dr. Sievers „ein hundertprozentiger Deutscher und hundertprozentiger Nationalsozialist“ war, doch ein Gegner, der berechenbar und aufrichtig war, auch in seinem Respekt gegenüber den Überzeugungen und Rechten anderer - und danach handelte.¹⁸

Wie hieraus hervorgeht, galt Sievers 1938 in der dänischen Minderheit als „wohlgesonnen“, und gelegentlich sprach man von ihm geradezu als „Gegner-Freund“.¹⁹ Diese Stellung erreichte er hauptsächlich auf der Grundlage des freundschaftlichen Verhältnisses, das sich nach 1936 zwischen ihm und L. P. Christensen und danach zu Jacob Kronika entwickelte. In der Minderheit machte sogar ein Gerücht die Runde, dass der eigentliche Grund für seine Entlassung als Flensburger Oberbürgermeister seine zu weiche Politik gegenüber den Dänen südlich der Grenze gewesen sei. Dies ist indessen durch nichts zu belegen. Auch in Sievers' Amtszeit verloren die dänischen Schulen Schüler und der Schleswigsche Verein Mitglieder, und man durchwühlte Flensburger Wohnungen. Dass Sievers von der dänischen Minderheit zunehmend wohlwollender betrachtet wurde, hing wohl eher damit zusammen, dass sein Nachfolger Ernst Kracht noch kompromissloser agierte. Als Kronika sich lobend über Sievers äusserte und L. P. Christensen ihm beipflichtete, wurde nämlich der Sprecher der Minderheit, Ernst Christiansen, schwer angegriffen. Zugleich wurde erneut Druck auf die Mitglieder der Minderheit ausgeübt, damit sie ihre Kinder auf die deutsche Schule schickten. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht verwunderlich, dass man sich nach Sievers als Oberbürgermeister zurücksehnte.²⁰

Oberbürgermeister Kracht war sich zweifelsohne darüber im Klaren, wie die Minderheit Sievers im Vergleich zu sich selbst einschätzte. Dies kam in einem Gespräch mit L. P. Christensen 1939 zum Ausdruck, gleichzeitig die letzte Aufzeichnung des Journalisten, in der Sievers erwähnt wird.

Am 14.6.1939 war L. P. Christensen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Flensburger Handwerkervereins, Alfred Albertsen²¹, bei Oberbürgermeister Ernst Kracht, wobei auch Stadtbaurat Martin anwesend war. Anlass der Unterredung

war Christensens Unzufriedenheit darüber, dass dänische Handwerker in der Stadt bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten übergangen würden. Bei diesem Gespräch erwähnte Christensen, dass der frühere Oberbürgermeister Wilhelm Sievers am 23.9.1935 sogar eine offizielle Anordnung herausgegeben habe, in der die Gleichberechtigung der dänischen Handwerker bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten ausdrücklich angemahnt wurde. Er bat Kracht darum, ähnlich zu verfahren. Daraufhin sagte Kracht folgendes:

Dr. Kracht: Das würde nach einem Schuldbekenntnis aussehen, und ich bin mir dessen nicht bewusst, dass dänische Handwerker übergangen worden seien, nur weil sie dänisch gesinnt waren. (In ironischem Tonfall) Im übrigen weiß ich zur Genüge, dass ich der Minderheit gegenüber weniger loyal und weniger tatkräftig bin als mein Vorgänger [Dr. Sievers].

- Was meinen Sie damit?

Kr.: Ja, hier steht ja in Flensburg Avis, was Dr. Sievers alles in Brandenburg anrichtet. (Er zeigt das Blatt)

- Die Absicht, die Sie dieser recht gewöhnlichen Meldung unterstellen, die als Beispiel dafür erwähnt wird, wieviel zur Zeit in Deutschland gebaut wird, muss ich zurückweisen.

Kr.: Ausgedehnt, dieses Beispiel aus Brandenburg!

- Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass Brandenburg eine ausgeprägte Industriestadt ist, so dass ein Vergleich hinfällig wäre.

(Als die Verhandlungen mit Malermeister Albertsen und Baurat Martin vorbei sind, bitte ich um ein Gespräch unter vier Augen.)

- Ich habe mich, Herr Dr. Kracht, sehr über die Andeutung gewundert, die Sie vorhin gemacht haben. Sie können nicht einen Fall nachweisen, dass wir Ihnen gegenüber nicht sachlich und loyal gewesen sind - ja, vielleicht sind wir gelegentlich sogar darüber hinaus gegangen; deshalb will ich es nicht haben, dass Sie uns solcherlei Absichten unterstellen. Sie haben Dr. Sievers erwähnt. Wir wollen hier nicht erörtern, warum er entlassen wurde. Aber es hat uns Leid getan mitanzusehen, wie er nach der Entlassung behandelt wurde. In den Flensburger Nachrichten wurde mitgeteilt, dass er mit sofortiger Wirkung entlassen wurde, etwas anderes bekam die deutsche Bevölkerung nicht zu wissen, nicht einen einzigen Buchstaben über seine Rehabilitation und Wiedereinsetzung in ein Amt, das seiner vorigen Tätigkeit hier in Flensburg entspricht. Oder Flugleiter Höhdorf; laut Flensburger Nachrichten wurde er verhaftet und durch die Straßen der Stadt geführt; kein Wort davon, dass er sofort wieder freigelassen wurde und jetzt einen

guten Posten im Luftfahrtministerium in Ilsborg hat. Derartiges tut uns Leid, deshalb meldeten wir es in Flensburg Avis, als Dr. Sievers wieder zum Oberbürgermeister ernannt wurde - das taten wir aus rein menschlichen Gründen. (Dr. Kr.: Ja, das konnten Sie ja auch gut!) Und die Meldung, die Sie hier hervorgezogen haben und der sie bestimmte Absichten unterstellt haben, liegt hiermit auf der gleichen Linie!

Dr. Kr. erwähnt u.a., dass es doch merkwürdig sei, dass der „Brandenburger Beobachter“ von Zeit zu Zeit an bestimmte Haushalte hier in der Stadt geliefert werde [Also Spionage durch die Post?], und sagt, dass es doch seinem [Krachts/Nachfolger in Dithmarschen gegenüber sehr merkwürdig aussehen würde, wenn die dortige Presse seine (also Krachts) Arbeit als Landrat besonders herausstellen würde. Und das am allermeisten, wenn dies in einer Minderheitenzeitung der Fall wäre.

Ich erinnere noch einmal daran, dass sich Dr. Kr. nicht über mangelnde Loyalität von Seiten der dänischen Minderheit beschweren kann.

Hiermit enden L. P. Christensens Niederschriften über die Gespräche zwischen ihm und dem früheren Oberbürgermeister Wilhelm Sievers, der anschließend bis 1945 Oberbürgermeister in Brandenburg war. 1945-47 war Sievers im Lager Staumühle interniert und kehrte dann nach Schleswig-Holstein zurück. Er trat in die Verwaltung des Landesvereins für Innere Mission ein und bekleidete 1951 - 66 das Amt eines Syndikus und Kämmerers. 1949 trat er in Kiel der CDU bei, wurde 1951 in die dortige Ratsversammlung und schon wenig später zum Parteivorsitzenden im Stadtkreis der Landeshauptstadt gewählt. Als die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Stadtrat gewonnen hatten, wurde er 1955 Stadtpräsident. 1957 trat er als Stadtpräsident und Parteivorsitzender zurück. Als er 1959 nicht wieder als Spitzenkandidat nominiert und von seiner eigenen Partei nur auf einen hinteren Listenplatz gesetzt wurde, trat er aus der CDU aus. 1960 wurde er zum Vorsitzenden des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins gewählt, was er bis 1965 blieb. Wilhelm Sievers starb am 1. Juli 1966.

Übersetzung: Gerret Schlaber

Anmerkungen

- 1 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig. P 166-6, 5a, L. P. Christensens arkiv, optegnelser.
- 2 Ernst Christiansen (1877-1941). 1906-40 Chefredakteur von Flensburg Avis, 1920-40 Vorsteher der dänischen Minderheit in Südschleswig, 1940 durch massiven Druck von

seinem Posten zurückgetreten

- 3 Wenn nicht anders angegeben, stützt sich der vorliegende Artikel im wesentlichen auf Carsten R. Mogensen: *Overborgmester Sievers' fald 1936*, in *Sønderjyske Årbøger 1976*, S. 166 ff. und Ders.: *Dansk i hagekorsets skygge*, Flensburg 1981.
- 4 Gauleiter Hinrich Lohse (1896-1964). Mitglied der NSDAP seit 1922/25, seit 1925 Gauleiterin Schleswig-Holstein, 1933-45 Oberpräsident, 1941-44 Reichskommissar in Ostland (Baltische Staaten und Weißrussland), 1945 Reichsverteidigungskommissar für Schleswig-Holstein, 1948 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, doch schon 1951 wegen schlechter Gesundheit auf freien Fuß gesetzt. Uwe Danken *Die drei Leben des Hinrich Lohse*, in: *Demokratische Geschichte 11* (1998), S. 105 ff.
- 5 Bei Mogensen ergiebige und überzeugende Analyse des Gesamtverlaufs. Deutsche Übersetzung: Carsten Mogensen, *Der Sturz des Oberbürgermeisters Sievers*, in: Erich Hoffmann u.a.: *Biographien: Stephan Klotz, Georg Claeden, Wilhelm Mensinga, Wilhelm Sievers*. Flensburg, Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, 1985, S. 79 ff.
- 6 Robert Mittag (1891-1971), 1933-45 Stadtschulrat.
- 7 Dr. Martin Link (1890-1959), Ratsherr.
- 8 Dr. Wilhelm Frick (1877-1946) Reichsinnenminister. Als Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet.
- 9 Bei der Wahl zum Landsting 1936 gewannen die Sozialdemokraten gemeinsam mit ihrem linksliberalen Regierungspartner „Det Radikale Venstre“ erstmals die Mehrheit in dieser Zweiten Kammer des dänischen Parlaments.
- 10 Cornelius Hansen (1876-1955), Großhändler, 1921-51 Vorsitzender des dänischen Schulvereins für Südschleswig, 1924-29 im Flensburger Stadtrat, 1929-33 im Magistrat, 1937-46 Vorsitzender des dänischen Gemeinsamen Rats, 1946-49 Präsident des SSF, 1945-52 Vizepräsident der Flensburger Handelskammer, 1937-55 Aufsichtsratsvorsitzender der Union-Bank, 1930-55 im Aufsichtsrat für Flensburg Avis.
- 11 Jacob Kronika (1897-1982), Journalist, 1919-31 Redakteur bei der deutschsprachigen dänisch gesinnten Presse in Südschleswig, 1932-45 Berliner Korrespondent für Flensburg Avis und Nationaltidende, inoffizieller Vertreter der dänischen Minderheit in der Reichshauptstadt. Nach dem Krieg Korrespondent in Bonn, 1960-64 Chefredakteur bei Flensburg Avis.
- 12 Lauritz Larsen (1874-1944), 1932-40 dänischer Generalkonsul in Flensburg. 1902 Juristenexamen, Anstellung u.a. bei dem den Radikalliberalen nahestehenden Ekstra Bladet, 1917 Bevollmächtigter im Pressebüro des Außenministeriums, 1919-1932 Presseattache in Berlin.
- 13 Bei Kronika ist sogar davon die Rede, dass Sievers geradezu unter Flausarrest stand und von seinen früheren Freunden und Kollegen gemieden wurde. Nur Minderheitenvertreter, insbesondere L. P. Christensen, I. C. Möller und Cornelius Hansen, wagten laut Kronika, zwischenmenschlichen Kontakt mit Sievers zu halten, was sich jedoch nicht bestätigen ließ. Siehe: Jacob Kronika: „Ein hochgeachteter Gegner.“ In: Kai-Detlev Sievers: *Wilhelm Sievers 1896-1966. Eine Gedächtnisschrift*. Kiel, 1967.
- 14 Die „Kampagne im Winter“ zielte vermutlich auf die sogenannte Alnor-Affäre.

Chefredakteur Ernst Christiansen war in der Presse und in Karl Alnors „Handbuch zur schleswigschen Frage, Band 3.2, Neumünster 1938 ff., S. 1198 ff.“ wegen seiner Tätigkeit während des Grenzkampfes 1918-20 scharf attackiert worden, offensichtlich um ihn öffentlich in Misskredit zu bringen und von Flensburg Avis zu vertreiben. In seiner Zeitung ging er zum Gegenangriff über, wurde aber wegen seiner Artikel vor ein fachliches „Ehrengericht“ gestellt. Das Eingreifen offizieller dänischer Stellen, des deutschen Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums in Berlin verhinderte jedoch, dass er mit Schreibverbot belegt wurde. Im Januar 1937 richtete die schleswig-holsteinische und von Schröder kontrollierte Presse zudem scharfe Angriffe gegen die dänischen Schulen in Schleswig und Tönning, die beschuldigt wurden, verfolgten Kommunisten Unterschlupf zu gewähren

- 15 Jep Nissen (1899-1981), Führer der nationalsozialistischen Splittergruppe NSAN in Nordschleswig.
- 16 Dr. Ernst Kracht (1890-1966), Jurist, seit 1920 in der Führung des Schleswig-Holsteiner Bundes, zeitweilig stellvertretender Vorsitzender, am 1. 5. 1933 Eintritt in die NSDAP, bis 1936 Landrat in Dithmarschen, dann bis 1945 Flensburger Oberbürgermeister. In den 1950er Jahren Chef der Kieler Staatskanzlei. Der „offene Brief“ an Oberbürgermeister Kracht wurde im „Schleswiger“, der deutschsprachigen Beilage von Flensburg Avis, am 9. 6. 1937 gedruckt, und durch den Artikel „Ist das deutsche Volk gross genug anderer Völker Recht zu begreifen“ im Schleswiger am 20. 6. 1937 ergänzt. Der Anlass für die beiden Artikel war eine Rede von Dr. Kracht anfang Juni 1937, indem er das Heft „Schleswig und Versailles“, das vom Schleswig-Holsteiner-Bund ausgegeben worden war, gelobt hatte. Das Heft wurde von der dänischen Minderheit als stark grenzrevisionistisch und gegenüber Ernst Christiansen persönlich ehrverletzend angesehen. Die unbequemen Artikel führten am 19. 8. 1937 zum Verbot des „Schleswigers“.
- 17 Jacob Clausen Møller (1876-1955), Flensburger Großhändler, 1924-33 Fraktionsvorsitzender der dänischen Vertretung im Stadtrat, 1933-45 Ratsherr. Ab 1945 von den Briten zum Oberbürgermeister ernannt, 1946 als solcher gewählt, 1950 nach dem neuen Gemeindeverwaltungsgesetz Stadtpräsident, bei seinem Tod 1955 noch stellvertretender Stadtpräsident.
- 18 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, P 166-6, 5b. Kronikas Brief an L. P. Christensen vom 24.7.1938, dazu Christensens Entwurf einer Antwort.
- 19 J. Kronika: „Ein hochgeachteter Gegner.“ In: Kai Detlev Sievers: Wilhelm Sievers 1896-1966. Eine Gedächtnisschrift. Kiel, 1967.
- 20 Sievers' Haltung der dänischen Minderheit gegenüber wurde in 1977 in Flensburg Avis ausführlich diskutiert: 22.2.1977, 18. und 19.3.1977, 31.3.1977, 13. und 14.4.1977, 27.5.1977.
- 21 Alfred Albertsen (1899-1964), Malermeister, Vorsitzender des dänischen Handwerkervereins und Mitglied der obersten Leitung des Schleswigschen Vereins, 1945-64 Mitglied des Flensburger Magistrats und der Ratsversammlung.

Auch in Nordschleswig dominierten die Nein-Sager

51,5 Prozent der Wähler zwischen Tondern und Sonderburg sprachen sich gegen die europäische Währungsgemeinschaft aus

APENRADE Die Volksabstimmung über die dänische Teilnahme an der Gemeinschaftswährung Euro ergab in Nordschleswig ein als historisch einzustufendes Ergebnis: Erstmals in der Reihe der Volksabstimmungen zum Thema EU haben in der an Schleswig-Holstein grenzenden Region die „Nein-Sager“ die Oberhand gewonnen. Mit einer Ablehnung des Euro durch 51,5 Prozent der nordschleswigschen Wähler war die Ablehnung zwar etwas weniger ausgeprägt als im Landesdurchschnitt, wo 53,1 Prozent der Wähler ihr Kreuz beim Nein machten.

Doch insgesamt wird das nordschleswigsche Nein als besonderes Fiasko eingestuft, denn im Grenzgebiet hatte sich nicht nur eine Initiative aller einflussreichen Politiker für ein Ja ausgesprochen. Auch viele große Industrieunternehmen mit Persönlichkeiten hatten die Grenzlandbewohner vor Konsequenzen eines Neins zum Euro gewarnt.

Wie wenig die sonst so hoch geschätzten Wirtschaftsvertreter die Nordschleswiger beeinflussen konnten, zeigt sich an Einzelergebnissen: In der von den Danfossfabriken dominierten Kommune Norburg gab es mit 54,6 Prozent Nein-Stimmen eine besonders große Ablehnung der Eurowährung, mit der die Nordschleswiger in eineinviertel Jahren sicher sehr viel zu tun bekommen, wenn nämlich in Deutschland die Mark gegen Euromünzen und -geldscheine getauscht wird.

Nur in zwei Kommunen, in Südalzen und in Rödning, gab es in Nordschleswig eine Mehrheit für den Euro, alle 21 Kommunen votierten gegen die Gemeinschaftswährung. Bei der Abstimmung gegen den Vertrag von Maastricht 1992, bei der Dänemark insgesamt mit Nein stimmte, hatte es in Nordschleswig noch gegen den Landestrend eine Zustimmung gegeben – nur eine Kommune, Broacker, hatte damals eine Nein-Mehrheit.

Interessant sind auch Einzelergebnisse aus Bereichen wie der Insel Röm, wo der Tourismus der dominierende Wirtschaftsfaktor von Gastgebern und Gästen aus Deutschland aus praktischen Gründen viel Vorteile bringen würden. Hier stimmten von allen Wählern 304 mit Nein, nur 201 mit Ja. Als Anzeichen dafür, dass den Wählern keine eindeutigen Vorteile in Verbindung mit der Einführung der Euro-Währung sichtbar gemacht werden konnten, ist die Erkenntnis, dass nicht einmal in der sonst stets so proeuropäischen deutschen Minderheit in Nordschleswig bei

der jüngsten Abstimmung ein Übergewicht für den Euro vorhanden war. Wahlanalysen zeigen, dass in den Hochburgen der deutschen Minderheit wie beispielsweise Tingleff, Lügumkloster, Tondern und Hoyer keine Abweichung vom allgemeinen Wählerverhalten mehr festzustellen ist.

*Volker Heesch, in:
Flensburger Tageblatt, 2.10.2000*

„Eures“ macht die Grenze durchlässig

Gemeinsam auf dem Arbeitsmarkt aktiv

FLENSBURG (hn) „Eures“ will den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt fördern. Gewerkschaften und die Arbeitsverwaltung von Sønderjylland und dem nördlichen Schleswig-Holstein haben sich aus diesem Grunde zusammengeschlossen. Der Eures-Vorsitzende, Peter Köhler (DGB), und sein Stellvertreter, Peter Asmussen (Sønderjylland Erhvervscenter), ziehen eine positive Bilanz der Arbeit. Danach hat „Eures“ im Berichtsjahr beinahe eine Viertelmillion Mark in die Fortentwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes investiert. Köhler und Asmussen: „Das Geld war gut angelegt.“

„Eures“ hat sich gemauert. Es ist zu einer Größe in allen Fragen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes geworden.

„Eures“ hat im Berichtsjahr die Studie „Grenzüberschreitende Kooperation im Handwerk“ vorgestellt. „Diese Studie war ein Durchbruch. Sie belegt eindeutig, dass kaum manifeste Hindernisse gegen eine Arbeitsaufnahme im jeweiligen Nachbarland sprechen,“ stellte Köhler fest. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen durch Veranstaltungen, Betriebsbesuche der Berater oder durch Faltblätter auf dem Laufenden gehalten werden. Auch sollen die unterschiedlichen Berufsbildungssysteme untersucht werden, um grenzüberschreitenden Belangen bereits in der Ausbildung Rechnung tragen zu können.

Flensburger Tageblatt, 21.10.2000

Fusion des Schlossmuseums mit dem Historiencenter

Vorstand des „Fonden Dybbøl Banke“ beschloss Zusammenlegung zum 1. Januar 2003

SØNDERBURG Bis zum 1. Januar 2003 soll die Fusion des Sonderburger Schlossmuseums mit dem Historiencenter Dybbøl Banke unter Dach und Fach sein. Die Initiative zu den Verhandlungen mit dem Vorstand des Schlosses will der

Vorstand des „Fonden Dybbøl Banke“ einleiten, so der Beschluss der gestrigen Sitzung.

Den langen Zeitraum bis 2003 begründete der Vorsitzende und Amtsbürgermeister Carl Holst (V) mit der unterschiedlichen Grundlage der beiden Einrichtungen. Das Center ist eine Körperschaftseigene Institution, gebaut mit Fondsmitteln, wobei Fonds-Verpflichtungen nachzukommen sind. Das Schloss ist eine amtskommunale Einrichtung. Einer Realisierung stünde trotz juristischer Ungeklärtheiten nichts im Wege, so Carl Holst, da sich der Vorstand vorab informiert habe.

Anlass dieser Überlegung ist nach Aussage von Carl Holst die ökonomische und organisatorische Situation des Historiencenters. Dieses fährt seit Jahren einen Überschuss ein bei gleichzeitig rückläufigen Besucherzahlen.

Die Zusammenlegung soll auf der ursprünglichen Grundlage des Centers als „Besuchcenter auf Düppel“ durchgeführt werden. Das bedeutet, die Ausbaupläne werden bis auf die erste Etappe (Bau eines Schanzenteils) auf Eis gelegt. Das heißt wiederum, dass die Idee des Centers, eine Brücke von 1864 zur heutigen Zeit (Balkan-Konflikt) zu schlagen, hinfällig wird. „Wir setzen auf das Schanzenmodell und nicht auf die Pläne eines Schießstandes und mehr“, erklärte der Vorsitzende

„Zwischen beiden Einrichtungen soll per Vertrag eine Zusammenarbeit geregelt werden, der eine reibungslose Kooperation zwischen den beiden bis zur Fusion sichert. Wird diese Absprache nicht eingehalten, drohen dienstliche Konsequenzen.“ Doch diese würden wohl kaum Anwendung finden, da sowohl der Centerleiter, Hans-Ole Hansen, als auch der Museumsleiter Thorkild Kjærgaard den Vertrag unterzeichnen müssten, gab sich Carl Holst zuversichtlich, die beiden zu einer guten Zusammenarbeit bewegen zu können. Centerleiter Hans-Ole Hansen soll sowohl die Arbeiten der Etappe 1 als auch die übrigen Aktivitäten des Centers wahrnehmen. Des Weiteren ist geplant, die Verwaltungsaufgaben des Centers um 300.000 bis 500.000 Kronen im Jahr 2001 zu reduzieren, was Carl Holst mit „Einsparen von Gehaltskronen“ umschrieb.

Nach der Fusion soll es nur noch eine Verwaltung und einen Leiter geben. „Es ist offensichtlich, dass der Leiter des Schlosses auch dem Center vorstehen soll“, meinte Carl Holst. Der Vertrag von Hans-Ole Hansen läuft übrigens im November 2003 aus.

Langfristig ist daran gedacht, auch die Düppelner Mühle ins gemeinsame Haus einziehen zu lassen. Kontakte zum Vorstand sind bereits geknüpft.

Nicht erörtert wurden die Öffnungszeiten sowie die Möglichkeit, die Einnahmen des Historiencenters zu stärken. Vorstandsmitglied Bürgermeister A. P. Hansen (V) hofft mit der Fusion zu erreichen, dass der zum Teil große Widerstand in den Reihen des Sonderburger Stadtrats schmilzt, wenn „der Betrieb koordiniert wird.

Es sind beides Einrichtungen, die in Sonderburg liegen und eine Touristattraktion sind. Da sollte es auch möglich sein, die Arbeit zu koordinieren“, zeigte er sich gleichfalls optimistisch.

Carl Holst begründete seine Überlegungen zur Fusion damit, dass „ich sowohl im politischen System als auch in der Bevölkerung eine größere Rückendeckung erhalten möchte“, erinnerte er an die Berichte zu den sehr umstrittenen Ausbauplänen, wie den historisch geprägten des Generalkonsuls Henrik Becker-Christensen und den von Amtsverwaltungschef Finn Hansen zur finanziellen Situation.

Der Nordschleswiger, 27.10.2000

„Deutsch stößt in Dänemark auf wenig Akzeptanz“

Wenn Angehörige der deutschen Volksgruppe in Dänemark Deutsch als Umgangssprache verwenden, stößt dies bei der dänischen Mehrheitsbevölkerung immer wieder auf mangelnde Akzeptanz. Darauf hat der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, am Wochenende beim 53. „Deutschen Tag“ der Minderheit in Tingleff hingewiesen.

TINGLEFF (fju) „Es ist diskriminierend, wenn alte Menschen ihre Muttersprache in Altersheimen nicht gebrauchen dürfen, weil es der Leitung oder dem Personal nicht passt“, klagte Hansen und sprach von Vorfällen, „die leider mehr als einmal vorgekommen sind“. Das Oberhaupt der 20000-köpfigen Volksgruppe forderte „ein entkrampfteres Verhältnis“ der Dänen zum Deutschen als Umgangssprache – nicht zuletzt unter Verweis auf die Europäische Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen, die Dänemark Anfang nächsten Jahres in Kraft setzt.

Der neue Amtsbürgermeister von Nordschleswig/Sønderjylland, Carl Holst, verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Charta der Minderheit nützen wird“. Er bedauerte indes: „Leider kann die Charta nicht das Problem lösen, das darin besteht, dass die deutsche Sprache in der dänischen Mehrheitsbevölkerung eine geschwächte Position hat.“

Für Aufsehen sorgte Deutschlands Botschafter in Kopenhagen, Johann Dreher, mit seiner Kritik an der Auflösung des deutschen Generalkonsulats in Apenrade – bisher hatten sich alle Angehörigen des diplomatischen Dienstes eines Kommentars dazu enthalten. In Tingleff stellte Dreher fest: „Die Schließung war kein kluger Schritt.“ Dadurch sei eine kaum zu bewältigende Arbeitsflut auf die Botschaft Kopenhagen übergegangen. Die Wartezeit für Visaanträge sei auf teilweise zehn Wochen gestiegen. Den Sommer über hätten täglich 100 Menschen

vor der Tür der Vertretung Schlange gestanden, pro Minute seien nach Angaben der dänischen Telefongesellschaft 180 Anrufe in der Botschaft aufgelaufen – „mit der Folge, dass keiner mehr zu uns rein und wir nicht mehr raus kamen.“

BdN-Hauptvorsitzender Hansen hatte zuvor herausgestellt, die Schließung des Generalkonsulats sei auch nicht durch die „engagierte Arbeit“ des Kopenhagener Botschaftsrates Bernhard Braumann zu ersetzen, der ausgleichsweise zum Volksgruppenbeauftragten ernannt worden war. Hansen weiter: „Durch die Aufgabe der Burg am Kystvey (in dieser Apenrader Straße lag das Generalkonsulat, Anm. d. Red.) hat die Bundesrepublik eine Position im Grenzland aufgegeben.“

Der Kopenhagener Sekretariatsleiter der Volksgruppe, Siegfried Matlok, nannte es im Hinblick auf das Generalkonsulat und die 7,4-prozentige Kürzung der Bundeszuschüsse für die Minderheit „armselig, wie die deutsche Grenzlandarbeit beschnitten worden ist.“ Dänemark trage jetzt 61 Prozent der Minderheitenzuschüsse beiderseits der Grenze. Eine Perspektive für neue Finanzmittel sieht Matlok in einer formellen Partnerschaft Schleswig-Holsteins und Sønderjyllands, wie sie Ministerpräsidentin Heide Simonis angeboten hat.

Die Kieler Grenzlandbeauftragte Renate Schnack verbat sich, „finanzielle Aspekte zum alleinigen Gradmesser für die Qualität von Minderheitenpolitik zu machen.“ Sie bescheinigte der deutschen Volksgruppe eine „selbstbewusste und gute Arbeit“ Landtagspräsident Heinz-Werner Arens würdigte den „Deutschen Tag“ als „Ausdruck großer Gastfreundlichkeit, kultureller Vielfalt, anregender Unterhaltung und fröhlicher Ausgelassenheit der Volksgruppe“.

Flensburger Tageblatt, 6.11.2000

Ehemalige Synagoge wird Kultur- und Gedenkstätte

Die Arbeiten für die Einrichtung einer Kultur- und Gedenkstätte in der ehemaligen Synagoge haben begonnen. Aus mehreren Töpfen bekommen die Friedrichstädter Zuschüsse. Schon vor zehn Jahren hatte die Stadt das Gebäude gekauft, um diesen Platz zu verwirklichen.

FRIEDRICHSTADT (h) Schon Ende des nächsten Jahres kann der Umbau der ehemaligen Synagoge zu einer Kultur- und Gedenkstätte abgeschlossen sein. Das teilte Bürgermeister Siegfried Herrmann während der jüngsten Stadtvertreterversammlung mit. In zwei Bauabschnitten sollen die Arbeiten ausgeführt werden. Zurzeit wird das Gebäude „entrümpelt“.

Die erforderlichen Gelder kommen aus unterschiedlichen Töpfen: Sonderbedarfszuweisungen des Landes (275 000 Mark), Deutsche Stiftung

Denkmalpflege (100 000 Mark), Städtebauförderung (jeweils 43 500 Mark von Bund, Land und Stadt), Landesamt für Denkmalpflege (50 000 Mark) sowie Denkmalpflegefonds Schleswig-Holstein und Kreis Nordfriesland (je 10 000 Mark).
Husumer Nachrichten, 18.11.2000

„Südschleswig – eine dänische Kronkolonie“

Lehrerin Lene Bastiansen kritisiert „mangelnden Einfluss der Einheimischen auf die Geschicke der dänischen Minderheit“

FLENSBURG (fju) „Südschleswig ist zur dänischen Kronkolonie geworden“ – in diesen Worten gipfelt die Kritik von Lene Bastiansen, Lehrerin an der dänischen Gustav-Johannsen-Realschule in Flensburg, am „mangelnden Einfluss der Einheimischen auf die Geschicke der dänischen Minderheit“. Nach den Spitzen unter anderem von Schulverein, Kirche oder Zentralbibliothek der Minderheit wird zum Jahreswechsel auch noch die Geschäftsführung der Hauptorganisation, des Südschleswigschen Vereins, mit jemandem besetzt, der aus dem Mutterland nach Schleswig-Holstein zugewandert ist. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die dänischen Schulen südlich der Grenze: „Nur 178 Lehrer sind Südschleswiger, 295 hingegen aus Dänemark zugezogene Pädagogen“, bemängelt Bastiansen. Und: „Reichsdänen leiten 32 Schulen, Südschleswiger nur 26. In den eigenen Reihen braucht die Minderheit aber die Mehrheit“, fordert Bastiansen.

Ein „besonders krasses Missverhältnis“ beklagt die Kritikerin am einzigen dänischen Gymnasium, der Flensburger Duborgskole: „Neben 60 Lehrkräften aus Dänemark unterrichten nur 15 Kollegen aus Südschleswig. Die Dänen sind alle furchtbar nett. Doch ihnen fehlt oft die Verbindung mit der Wirklichkeit außerhalb der Schule. Manche leben schon 20 Jahre in Deutschland und können immer noch nicht richtig Deutsch“, kritisiert die Lehrerin, die dem Landesvorstand Schleswig-Holstein der Europa-Union angehört und sich selbst als „eine Art Robin Hood der Minderheit“ charakterisiert. Sie fragt: „Wie soll ich einen lebensnahen Unterricht gestalten, wenn ich das Lebensumfeld meiner Schüler nicht erfassen kann?“ Der Alltag im Grenzland sei nun einmal „kulturell zweiströmig aus Deutsch und Dänisch zusammengesetzt“, hält Bastiansen fest. „Wer das leugnet, schafft eine dänische Pseudo-Welt.“

Holt die Wirklichkeit die Schüler wieder ein, kann es zur Bauchlandung kommen: Bastiansen schildert einen Fall, in dem ein Absolvent einer Minderheitenschule bei einem Aufnahmetest des Elektro-Konzerns Danfoss scheiterte, weil er die sprachliche Terminologie der Mathe-Aufgaben nicht kannte – denn die Ausdrücke weichen deutlich von den dänischen ab.

„Also wäre es notwendig, die Zweisprachigkeit zu festigen“, schlussfolgert Bastiansen. „Doch das wird in den Schulen mehrheitlich nicht als Plus anerkannt“, bedauert sie und fragt: „Wie auch, wenn nicht alle Lehrer die Zweisprachigkeit Vorleben?“

Besonders getroffen hat Bastiansen, als sie nach eigenen Angaben erlebte, wie in Südschleswig arbeitende Reichsdänen das akzentbegleitete Südschleswiger-Dänisch als „Zirkus-Dänisch“ herabgewürdigten. Die Minderheiten-Kritikerin wertet das als Beleg für eine „Kluft zwischen den vielen Reichsdänen an den Schaltstellen einerseits und der Masse der Minderheit andererseits. „Wir Südschleswiger werden wie in einer Kolonie von Entsandten des Mutterlandes regiert“, empfindet Bastiansen.

Weiter verschärft sieht Bastiansen die Einflusslosigkeit der Einheimischen durch die Neubesetzung der Stelle des Generalsekretärs des Südschleswigschen Vereins, der dänischen Hauptorganisation, zum Jahresende. Der in den Ruhestand ausscheidenden Gert Wiencke war einer der letzten Südschleswiger auf einem leitenden hauptamtlichen Posten und wird durch den Kopenhagener Import Christiansen ersetzt.

Heinrich Schultz, Chef der Hauptorganisation Südschleswiger Verein, kann die Angriffe Bastiansens nicht nachvollziehen. Zwar bestätigt er die große Zahl von Reichsdänen auf einflussreichen Posten. Aber: „Ich finde es gut, dass sich nach wie vor so viele Reichsdänen unterstützen“, sagt Schultz.

„Das stärkt die Verbindung mit Dänemark, und das kann für die dänische Minderheit nur von Vorteil sein.“ Im übrigen: „Es ist auch nicht so, dass die Einheimischen gar nichts zu melden haben. Bei gleichen Qualifikationen bevorzugen wir Südschleswiger.“ Wegen der endlichen Größe der Minderheit, deutet Schultz an, lasse sich das aber nicht unbegrenzt machen.

Flensburger Tageblatt, 21.11.2000

Dänemark sagt boomendem Grenzhandel den Kampf an

APENRADE/FLENSBURG (fju) Der Grenzhandel im nördlichen Schleswig-Holstein wird kräftig Federn lassen müssen, wenn Pläne des dänischen Steuerministers Ole Stavad wahr werden: Stavad will die Spirituosensteuer nahezu halbieren. Dann würde für seine Landsleute der Anreiz deutlich geringer, zum Einkauf von Alkohol über die Grenze nach Deutschland zu fahren.

Anlass der Reform ist eine neue Untersuchung des Instituts für Grenzregionsforschung in Apenrade/Nordschleswig, nach der die Dänen wegen hoher heimischer Steuerlast so viel südlich der Grenze einkaufen wie niemals

zuvor. Allein innerhalb des letzten Jahres stieg ihr Konsum in den Grenz-Shops zwischen Flensburg und Südtondern um 42 Prozent. Dem dänischen Einzelhandel entging damit allein im letzten Jahr ein Umsatz von umgerechnet 1,3 Milliarden Mark.

Zurzeit kostet eine 0,7-Liter-Spirituose in Dänemark durchschnittlich umgerechnet 44,20 Mark – in der Bundesrepublik hingegen nur 25,20 Mark. Stavad strebt an, die Abgabe für diese Menge um umgerechnet 12,35 Mark herunterzusetzen. Bereits Anfang nächsten Jahres möchte er dem Parlament eine entsprechende Gesetzesänderung zur Verabschiedung vorlegen.

Nach der Untersuchung der Grenzregionsforscher wird fast jeder vierte Spirituosenliter, den Dänen verbrauchen, im Ausland gekauft: 5,5 Millionen von insgesamt 20,2 Millionen Litern.

Auch bei Zigaretten fällt die Handelsbilanz dem Gutachten zufolge negativ aus: Jeder zehnte Glimmstengel wird südlich des Schlagbaums gekauft. Deshalb will der Steuerminister erreichen, dass eine Packung Zigaretten in Dänemark annähernd das gleiche kostet wie in Deutschland. Heute ist sie in Dänemark umgerechnet gut drei Mark teurer. Vor einer Senkung der dänischen Tabaksteuer möchte Stavad allerdings zunächst versuchen, auf EU-Ebene europaweit eine Erhöhung durchzusetzen.

Flensburger Tageblatt, 5.12.2000

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern
und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein frohes neues Jahr

Der Vorstand des Grenzfriedensbundes

Höhere Mädchenbildung in der Kaiserzeit

Beiträge aus den Grenzfriedensheften als Buch erschienen

Die in den Grenzfriedensheften 4/1999, 2/2000 und 3/2000 publizierte Arbeit des jungen Historikers Hans-Christian Pust zur „Geschichte der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg in der Kaiserzeit“ ist bei unseren Leserinnen und Lesern auf großes Interesse gestoßen. In Kooperation mit dem Grenzfriedensbund und der Auguste-Viktoria-Schule hat die Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte die Arbeit nun, in einer erweiterten Fassung, als Buch herausgegeben.

In seinem Vorwort würdigt der Flensburger Stadtarchivar Dr. Broder Schwensen das Buch als einen regional wie überregional wichtigen Beitrag zur Frauengeschichte. Abschließend stellt Schwensen fest: „Insgesamt präsentiert sich auch die vorliegende Schrift als ein Ergebnis der seit Jahren bewährten Kooperation von Institutionen, die in der Bildungsarbeit der Stadt Flensburg und der Region eine gewichtige Rolle spielen, hier von Stadtgeschichtsgesellschaft und Stadtarchiv, Auguste-Viktoria-Schule und Grenzfriedensbund.“

Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Bd. 31. Redaktion: Jörn-Peter Leppien, Flensburg 2000, 111 S., 31 Abb. DM 16,-. Die Mitglieder der Stadtgeschichtsgesellschaft, des Grenzfriedensbundes und der Schulgemeinschaft der Auguste-Viktoria-Schule können das Buch bei der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Rathaus, 24937 Flensburg für DM 10,- erwerben.